BRUNNER

EINSCHREIBEN
Sicherheit und Justiz
Justizvollzug
Postgasse 27
8750 Glarus

Alex W. Brunner
Architekt HTL
Bahnhofstrasse 210
CH-8620 Wetzikon
Telefon 044 930 62 33

Datum: 5. September 2022

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz
Ihr Angebot UB.2021.01005 – meine Bedingungen

Grüezi

Sie haben mir die genannte Verfügung zugestellt und laden mich für zwei Tage Ferien ins Glarnerland ein, weil die Busse nicht bezahlt und die Betreibung anscheinend ohne Erfolg blieb.

Bevor ich zur Sache komme, ist es wichtig, dass ich Ihnen zuerst Ihre rechtliche Situation im gesamten gesellschaftlichen Kontext erklären muss. Es liegt an Ihnen, ob Sie es lesen wollen oder nicht, jedenfalls kann ich es Ihnen nur empfehlen, denn erst mit diesen Informationen sind Sie in der Lage, Ihre Handlungen einzuordnen. Werden Sie dieses Schreiben in Bausch und Bogen verwerfen, so werden Sie demnächst eine sehr harte Landung erleben; hart wird sie aber so oder so werden.

A. Grundlagen

Wenn wir den Zwist, der in unserer Gesellschaft immer grössere Ausmasse annimmt und sie immer mehr spaltet, verstehen und beenden wollen, müssen wir uns zuerst mit dem Grundlegenden befassen. Dabei kommen wir nicht umhin, zu lernen, wie der Verlauf der tatsächlichen Geschichte erfolgte, den wir in der Schule nicht lernen (dürfen). Erst dann begreifen wir, wie es zur heutigen Eskalation kommen konnte.

1. Die tatsächliche Geschichte

> *Man muss darauf verzichten, die Ereignisse für sich und voneinander getrennt zu betrachten. Nur ihre Gesamtheit kann uns den Gang der Geschichte einleuchtend erklären. Je mehr Überblick wir gewinnen, desto eher vermögen wir ihre Triebkräfte zu verstehen.*
>
> *Lew Nikolajewitsch Graf Tolstoy (1828-1910), russischer Schriftsteller*

Wollen wir einen Zwist klären und beenden, müssen wir zuerst die Ursache und deren Entwicklung recherchieren. In einem Streit zwischen zwei einzelnen Kontrahenten ist das relativ einfach, sozusagen nur eine Momentaufnahme, verglichen mit einem Zwist, der die ganze Menschheit betrifft und nicht nur seit einigen Generationen besteht, sondern sehr viel weiter zurückreicht. Will man zur Klärung die Geschichte mit einbeziehen, ist dies schwierig, weil wir in der Schule nur Ideologien lernen und die tatsächliche Geschichte nicht einmal ansatzweise kennen.

Um den Zwist zu klären, der sich aus den permanenten gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. Veränderungen ergibt (man kann auch sagen, der permanenten Revolution[1], um die Begriffe von Trotzki zu verwenden), müssen wir zuerst die Geschichte in ihrer gesamten Breite und Tiefe über die letzten Jahrtausende zusammenhängend verstehen und die Ursachen dieser Veränderungen identifizieren. Diese Untersuchung können wir nur objektiv - also ideologiefrei - durchführen, wenn wir wissen, wie die Natur tatsächlich funktioniert. Doch wie die Natur tatsächlich funktioniert, ist in unserer Gesellschaft, die sich rühmt, dass die Menschheit vorher noch nie einen so hohen Forschungsstand erreicht habe, praktisch ein Tabu. An dieses Wissen kommt man im üblichen gesellschaftlichen Kontext höchst selten und nur zufällig. Aber es ist von entscheidender Bedeutung, dieses Wissen zu kennen, ansonsten ist es nicht möglich, die zentralen Wirkkräfte nicht nur aufzudecken, sondern auch zu verstehen.

In diesem Sinne zeigt der Aufsatz „Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen), Kurzfassung“[2] die Ursachen des heutigen Desasters auf und ist ein integrierender Bestandteil dieser Beschwerde. Ohne die Kenntnis dieser Zusammenhänge, die nur eine kurze Zusammenfassung bilden, ist es unmöglich, den nachfolgenden Überlegungen zu folgen und die Ursachen des generellen Zwists zu erkennen.

2. Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz[3]

Üblicherweise nimmt sich in unserer hektischen Geschäftswelt niemand die Mühe, die Geschichte der letzten Jahrtausende selbständig zu recherchieren. Dazu bedarf es eines ausserordentlichen Anlasses. Dieser ausserordentliche Anlass war eine institutionelle Behördenkriminalität, die im Kanton St. Gallen begann und im Rahmen tiefgehender Recherchen aufgedeckt wurde.

Dabei wurde u.a. festgestellt, dass in den 1950er Jahren die Oberaufsicht der Parlamente über die Staatsverwaltung, insbesondere über die Justiz, aufgehoben wurde. Die Folge war, dass die Gerichte ‚ungestört‘ völlig willkürlich urteilen konnten.

Dies kann mit offiziellen Protokollen der Justizkommissionen und Amtsberichten der Gerichte belegt werden. Insbesondere kann dem Bundesgericht aufgrund seiner eigenen Amtsberichte statistisch einwandfrei nachgewiesen werden, dass es nach der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht durch National- und Ständerat begann, rein willkürlich zu urteilen. Aufgrund seiner eigenen Amtsberichte kann es zudem der Lüge überführt werden, die es benutzte, um seine Oberaufsicht in Sachen Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) abzulehnen, die es einmal nachweislich und aktiv selbst gefordert hatte.

Mit Recherchen über den Zeitraum eines ganzen Jahrhunderts kann zudem die Veränderung des informativen Gehalts der Amtsberichte festgestellt werden. Diese Veränderungen sind entscheidend bei der Frage nach der tatsächlichen Kontrolle durch die politische Führung. Der Gehalt dieser Amtsberichte ist seit den 1950er Jahren nicht nur völlig nichtssagend, sondern enthält auch noch nachweislich tatsachenwidrige Aussagen. Das Geschilderte betrifft nicht nur das Bundesgericht, sondern alle Gerichte in der Schweiz.

Aufgrund der breiten und tiefgreifenden Analyse kann festgestellt werden, dass die ersten Massnahmen zur Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht im Bund bereits in den 1910er Jahren begonnen haben. Die Kontrollen bei den Betreibungs- und Konkursämtern wurden ab dem Jahre 1916 nur noch teilweise vor Ort durchgeführt und ab 1934 gar nicht mehr. 1905 war diese Kontrolle beim National- und Ständerat noch vom Bundesgericht beantragt worden. Doch die Plenarprotokolle der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) blieben ab der Gründung bis in die 1920er Jahre unter Verschluss. Auffällig ist nun, dass es genau am Übergang von Verschluss und Publikation in der statistischen Auswertung gutgeheissener Beschwerden im SchKG-Bereich den ersten, wenn auch kleinen, registrierbaren Knick nach unten gab. Man kann davon ausgehen, dass die vermehrte Beschwerde-Ablehnung nicht auf generelle, sprunghaft rechtskonformere Handlungsweisen der Betreibungsämter zurückzu-

---

1 Trotzki Leo, *Die permanente Revolution*, 1929. https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/permrev/index.htm

2 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) à Kurzfassung

3 www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Bund à Eingabe 5 vom 13. Dezember 2005

führen ist, sondern auf eine stärkere Verfilzung der Interessen, die mit der Aufhebung der Kontrollen beflügelt wurde.

Die Analyse der Amtsberichte dreier Kantone[4] bestätigt das im Jahre 2005 erhaltene Bild ebenfalls, es wird jedoch von allen Politikern und Gerichten ausnahmslos ignoriert.

Im *Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»*[5], Kapitel 4 bis 7 (mit den dazugehörigen Grafiken) sind weitere entsprechende Informationen zu finden. Ohne wirksame Kontrolle ist die *«Gewaltenteilung zur Abwehr von Willkür und unbegrenzter Machtfülle»* nur Schall und Rauch.

3. Wie Herrschaft ausgeübt wird

Um die vorher genannten, stillen politischen Veränderungen in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen, muss man die Mechanismen der Herrschaft kennen. Als erstes geht es darum, anhand der Führungstätigkeiten die Voraussetzungen für den politischen Gesetzgebungsprozess zu analysieren. Diese Führungstätigkeiten lernt beispielsweise jeder Offizier in der Schweizer Armee. Es sind Grundsätze der Führung, die überall anwendbar sind, auch in Wirtschaft und Politik.

Aus den Gesetzmässigkeiten der Führung gehen die unabdingbaren Voraussetzungen für das Ausüben von Herrschaft hervor, deren Hauptelemente die Anordnung, die Kontrolle und die Sanktionen sind. Fehlt nur eine dieser Hauptführungstätigkeiten, so gibt es keine tatsächliche Herrschaft. Da das Parlament als Vertreter des Volkes die Tätigkeit der Kontrolle über die Staatsverwaltung willentlich aufgegeben hat, hat es damit nicht nur die eigene Herrschaft, sondern auch die Herrschaft des Volkes aufgegeben = verraten. Das griechische Wort ‚Demokratie' wird allgemein mit ‚Volksherrschaft' übersetzt. Ist diese nicht mehr gegeben, so gibt es entsprechend auch keine Demokratie mehr. Trotzdem wird überall behauptet, dass wir in einer Demokratie leben. Die falsche Vorstellung, die mit diesem Wort verbunden wird, beruht auf Täuschung mittels einer typisch babylonischen[6] Sprachverwirrung und Definitionsänderung, wie sie seit Jahrtausenden praktiziert wird.

Betrachtet man die Führungstätigkeiten gesamthaft, so stellt man fest, dass das Parlament als oberste Instanz der drei sozialen Mächte (Legislative, Exekutive und Judikative) seine Führung gar nicht wahrnimmt. Das Parlament lässt sich vielmehr vorschreiben, was es zu tun hat.

Als angeblicher Vertreter des Volkes hat sich das Parlament mit dem oben erläuterten Herrschafts- und Führungsverzicht als dessen Verräter zu erkennen gegeben. Weil bei diesem Vorgehen auch die Regierungen und die Gerichte mitmachten, wurde offenbar, dass auch diese beiden sozialen Mächte Verräter und damit Feinde des Volkes sind. Ob die einzelnen Mitglieder aus Vorsatz oder aus Unkenntnis/Unfähigkeit handelten/handeln, sei dahingestellt. Jedenfalls bestand und besteht der politische Wille, diese Praxis bis auf den heutigen Tag so umzusetzen.

Damit stellt sich die Frage, wer denn der eigentliche Herrscher ist, d.h. zu wessen Vorteil der Herrschaftsverzicht der „Volksvertreter" erfolgte.

Diese Frage können wir nur beantworten, wenn wir die weiteren Mechanismen der Herrschaft verstehen.

Einer davon sind die sechs Mittel der Steuerung.

Das stärkste Steuerungsmittel (1) ist das unsichtbarste: Die weltanschauliche Indoktrination. Sie wirkt am langsamsten und berührt die tiefgründigsten Bereiche des Lebens - sie ist nur schwer fassbar und deshalb äusserst mächtig, da sie auf die grundlegende Erkenntnis des Lebens abzielt. Unverfälscht ist diese Erkenntnis in der Lage, fundamentale Irrtümer aufzulösen, sie macht die natürliche Wahrheit sichtbar und beseitigt Ängste, die sonst die Menschen blockieren, sodass sie aller Unbill zum Trotz unerschütterlich wie ein Fels in der Brandung stehen können. Es ist die Philosophie, recte philosophia. Und wenn man die philosophia regelmässig praktiziert, wird man nebenbei noch gesünder. Wer das

---

4 www.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Analysen d. Amtsberichte

5 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»

6 Im Folgenden wird der Begriff ‚Babylon' und ‚babylonisch' als Synonym für Fremdherrschaft über die Menschen eingesetzt. Siehe auch Fussnote 2.

Erreichen dieser Erkenntnis und Weisheit, die dem Menschen als Geburtsrecht zusteht, verfälscht und untergräbt, erreicht eine Steuerung, die nur sehr schwer zu erkennen und zu durchbrechen ist.

Das zweitstärkste, auch auf sehr lange Sicht wirksame Mittel der Steuerung ist die Geschichtsfälschung. (2). Aus genau diesem Grund dürfen wir die wahre Geschichte in der Schule nicht lernen.

Das drittstärkste Mittel sind die Ideologien (3). Nur weil viele das stärkste Steuerungsmittel nicht erkennen und daher die natürliche Wahrheit - die Weisheit - nicht mehr erfahren, ist es überhaupt möglich geworden, die Menschen mit Ideologien abzuspeisen. Damit kann man sie beliebig mit naturwidrigen und unethischen Vorgaben und Zwängen manipulieren. In der Physik ist das ein heiss diskutiertes Thema, weil eine alle Disziplinen umfassende Lehre fehlt. In der Natur funktioniert alles naht- und übergangslos; in der Theorie der Physik jedoch nicht. Dieses Beispiel ist nur stellvertretend für alle anderen «Wissenschafts»-Bereiche.

Das viertstärkste, schon kurzfristig wirkende Mittel ist die Ökonomie (4). Untergräbt man die materielle Sicherheit und das ökonomische Wohlergehen, kann leicht Zwang (z.B. zur Verhaltensänderung gegen die eigenen Interessen) ausgeübt werden. Um dieses Mittel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial zu verstehen, muss man zuerst mindestens im Ansatz die drei gesellschaftszersetzenden Hauptproblematiken des Geldes (Zins, Geld als Schuld und die Geldschöpfung) begreifen. Unser heutiges Geldsystem führt automatisch dazu, dass das Vermögen von den Armen zu den Reichen verschoben wird, wobei die Armen immer ärmer und zahlreicher und die Reichen immer weniger und reicher werden.

Das relativ leicht erkennbare zweitschnellste Mittel zur Steuerung der Menschen ist die Gesundheit (5). Die medizinische Schulwissenschaft weiss infolge der tiefverwurzelten ideologischen Indoktrination gar nicht, wie der menschliche Körper funktioniert, denn diese Ausbildung vermittelt nur ein mechanistisches, ideologisch verzerrtes Bild des Menschen. Praktisch alle schulmedizinischen Massnahmen sind darauf ausgerichtet, den Menschen zu schaden. Wenn man noch etwas mit der Natur verbunden ist und nicht an das behördliche Narrativ glaubt, das mit Lügen bzw. Ideologien operiert, welche von den Medien munter verbreitet werden, konnte dies z.B. im Rahmen der Corona-Pandemie leicht erkannt werden. Die Entfremdung vom Körper und dessen Geringschätzung, das Verleiten zu Suchtverhalten und falsche Konzepte über das Menschsein lenken davon ab, dass Materie letztlich nur aus Geist besteht, und dieser Geist das Erkennen und ein sinnerfülltes, gesundes Leben ausmacht.

Das offen erkennbare, schnellste Mittel der Fremdsteuerung und Erreichung von Fremdherrschaft ist die physische Gewalt (6). Sie wird durch staatliche Agenten, Polizei, Terrorgruppen, Armeen, Revolutionen und weitere exzessive Gewaltanwendung ausgeübt und mit falscher Berichterstattung, Falschbegründungen, ideologisch gesteuerter Opposition etc. umgesetzt.

Nun muss man sich fragen, wer im Nationalstaat diese Steuerungen vornimmt. Bei genauerer Betrachtung sind es weder die Legislative, noch die Exekutive und schon gar nicht die Judikative. Demzufolge ist es eine übergeordnete Macht, die die Ideologien definiert. Es ist die ideologische Macht. Der eigentliche Herrscher ist jener, welcher entscheidet und anordnet, wann, wo, welche Ideologie mit welcher Intensität und mit welchem Ziel umzusetzen ist: Er ist die eigentlich Macht im Staat bzw. auf der Erde.

Dieser im Hintergrund agierende, an Versklavung interessierte Steuerungskomplex des Herrschers gibt den Regierungen Ideologien vor, die diese willfährig in Gesetze verpacken und die von den Parlamenten theatralisch abgenickt werden. Die Gerichte haben nur den Auftrag, die Ideologien als Steuerungsmittel zu schützen, vgl. Aufsatz ‚Herrschaft'.[7]

4. Ideologie Mensch/Person

Ziel dieses tatsächlichen Herrschers war und ist es, die gesamte Menschheit in blinder und absoluter Unterwerfung an eine Hierarchie zu binden, die sie vollständig von Fremdsteuerung abhängig macht.

Um dieses Ziel zu erreichen, bediente sich dieser Steuerungskomplex eines gut versteckten Verwirrspiels mit «obrigkeitlichen Massnahmen», die den Menschen vorschreiben, was sie zu tun und lassen haben, damit sie die in Gesetze gegossenen, gegen sie gerichteten Ideologien umsetzen.

---

[7] www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Herrschaft

Zu diesem Zweck werden die Menschen seit Jahrhunderten zu ‚Personen' gemacht. Es handelt sich bei der Begrifflichkeit ‚Person' um einen Betrug, der mit der Geburtsanzeige seinen Lauf nimmt, indem das Zivilstandsamt im Auftrag des Staates daraus den Geburtsschein erstellt. Dieser Vorgang fabriziert aus dem geborenen Menschen einen Strohmann: die ‚Person'. Diese Verwaltungshandlung ist ein Akt ohne jede gesetzliche Rechtsgrundlage. Die Menschen macht man nun glauben, sie seien mit diesem Konstrukt ‚Person' / dem Strohmann identisch. Die semantische Umdeutung von Wortbegriffen trägt das Übrige dazu bei (z.B. ‚ich persönlich' / ‚meine Persönlichkeit', etc.). Vgl. auch Grundlageninformationen SIPS[8] und Teilaufsatz Ideologie Person[9].

Tatsächlich ist der Mensch von Geburt an frei. Mit der Ideologie ‚Person' wird nun aber den Menschen erklärt, sie seien diese ‚Person'. Es wird ihnen per Gesetz vorgeschrieben, was die ‚Personen' zu tun und lassen haben. Nach Gesetz können nur ‚Personen' bestraft werden, müssen nur ‚Personen' Steuern bezahlen und müssen nur ‚Personen' die Corona-Massnahmen umsetzen, nicht jedoch Menschen.

Nach Art. 36 Bundesverfassung (BV, SR 100) müssten Einschränkungen der Grundrechte der Menschen gesetzlich geregelt werden. Doch das war nie ernst gemeinte Absicht, sondern nur eine weitere Täuschung. Mit einer gesetzlichen Definition zur Einschränkung der elementarsten Grundrechte würden Diskussionen provoziert, welche die Herrschaft von Babylon über die Menschen in Frage stellen könnten. Aus diesem Grund wurde und wird diese Ideologie bewusst totgeschwiegen. Ja, die Bundesverfassung wendet beide Begriffe irreführend als Synonym (gleichbedeutend) an.

Selbst das Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) spricht sich im Personenrecht nicht explizit über die unterschiedliche Rechtsnatur aus. Art. 11 Rechtsfähigkeit, Abs. 2: *Für alle Menschen besteht demgemäss in den Schranken der Rechtsordnung die gleiche Fähigkeit, Rechte und Pflichten. Und Art. 16 Urteilsfähigkeit: Urteilsfähig im Sinne dieses Gesetztes ist jede Person, …*

Eine ‚Person' kann gar nicht urteilsfähig sein, weil sie ein juristisches Konstrukt und nicht beseelt ist. In geschichtlicher Hinsicht wurde das Wort ‚Person' im 13. Jahrhundert aus dem lateinischen persona entlehnt, das für die Maske des Schauspielers, des Strohmannes, steht. Diese Definition bzw. Ideologie ‚Person' wurde gezielt eingeführt, um die Menschen «rechtlich» zuerst zu unfreien Menschen, ‚Personen' (Strohmännern) und danach zu Sklaven = Sachen, d.h. zu einer Handelsware zu machen. Die irrige Verwendung des Begriffs ‚Person' als Synonym für den Menschen wurde mit dem Mittel der Sprachverwirrung über die Jahrhunderte immer stärker forciert. Dahinter steckt wiederum Herrschaftswissen. Siehe dazu den Aufsatz Herrschaft[7].

Und wenn nun der Staat diesen fiktiven, ihm gehörenden, weil von ihm produzierten Personen, die er ohne Gesetzesgrundlage als sein Eigentum «verwendet», Forderungen in Form von Steuern, Abgaben, Bussen etc. stellt, so ist das ein Insichgeschäft und damit ein weiterer Betrug. Man kann nicht an sein Eigentum Rechnung stellen. Dieses Mittels bedienen sich die Behörden und Ämter tagtäglich, womit einmal mehr deutlich wird, dass sie nicht für das Volk, sondern für Babylon arbeiten.

Die Menschenrechte

Betrachten wir die für die Schweiz erstmals gültige Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, SR 0.101), welche am 28. November 1974 vom Bilderberger und Mitglied des Club of Rome, Bundesrat Kurt Furgler, einem Verbrecher, ratifiziert und in Kraft gesetzt wurde.

In der Präambel wird erwähnt, dass diese Erklärung Folgendes bezweckt;

- die universelle und wirksame Anerkennung und Einhaltung der in ihr aufgeführten Rechte zu gewährleisten;
- die Mitglieder des Europarates enger zu verbinden;
- die Wahrung und Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
- sie soll die Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bilden;
- sie soll durch eine demokratische politische Ordnung sowie durch ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Achtung gesichert werden.

---

8 www.hot-sips.com à Links, weitere Unterlagen à Grundlageninfo

9 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Person

Das sind hehre Worte. Doch wenn man allein schon die tatsächliche Bedeutung des Wortes Demokratie/demokratisch verstanden hat, erkennt man diese Erklärung als blosse Heuchelei, als ein weiteres Mittel, die Menschen für dumm zu verkaufen. All diese Forderungen bilden Täuschungs-Teilziele, damit Babylon das jahrtausendealte Endziel (die totale Versklavung der Menschen) erreichen kann.

Weiter heisst es in Art. 1 *Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte: Die Hohen Vertragsparteien sichern allen ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen die in Abschnitt I bestimmten Rechte und Freiheiten zu.* In der Menschenrechtskonvention (EMKR) ist also nicht von Menschen die Rede, sondern von ‚Personen'. Der Titel Menschenrechtskonvention dient nur als Täuschung, denn es ist beabsichtigt, die Menschen als ‚Personen' unter der babylonischen Hoheitsgewalt zu halten, damit das babylonische Ziel erreicht werden kann.

Aus diesem Grund werden nur rund zwei Prozent der Beschwerden vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gutgeheissen und diese werden selbstverständlich nach ideologischen Kriterien entschieden. Selbst Beschwerden wegen Verletzung von Art. 6, *Recht auf ein faires Verfahren*, werden abgewiesen, auch wenn diese die Willkür und Parteilichkeit der Gerichte nachweislich beanstanden.[10] Damit wird einmal mehr bestätigt, dass es die eigentliche Aufgabe der Gerichte ist, die entsprechenden Ideologien gegen die berechtigten Ansprüche der Menschen zu schützen.

Die Schweiz ist seit dem 10. September 2002 Mitglied der Vereinten Nationen. Deshalb gilt auch für unser Land deren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) vom 10. Dezember 1948.[11]

In der Präambel werden wiederum hehre Worte verwendet:

- Die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräusserlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen bilde die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.
- Die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte hätten zu Akten der Barbarei geführt.
- Es sei notwendig, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen werde, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen.

In der Präambel wird wohl von Menschenrechten geschwafelt, doch diese werden mit … *die Würde und den Wert der menschlichen Person* … bereits unterminiert.

So wird bereits aus der Präambel erkennbar, woher der Wind bläst. Das erstaunt nicht, denn die Vereinten Nationen sind durch und durch babylonisch.

Die Aussage, die Menschenrechte seien durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, bedeutet im Klartext, dass die Menschen als dem Joch von Babylon Unterworfene zu halten sind. Der Rechtsstaat definiert, wie die herrschenden Eliten die Menschen als ‚Personen' beanspruchen wollen, nämlich als ihr unwissend gehaltenes Eigentum, als Sache. Politik und Justiz sind dabei die willfährigen Lakaien und die Staatsverwaltung hat dies rücksichtslos durchzusetzen.

In Art. 1 heisst es: *Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren*. Das ist der Aufhänger, mit dem die meisten Menschen zu einem Trugschluss über ihre wahren Rechte gebracht werden. Indem die AEMR die Menschen auch zu ‚Personen' macht, nimmt diese Erklärung ebenfalls eine typisch babylonische Verdrehung vor. Frei geboren ist korrekt, aber dann werden sie durch den Staat mittels Geburtsschein zu unfreien ‚Personen' gemacht.

Art. 3: *Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person*. Ja, er hat das Recht einer Person, aber nicht eines Menschen.

Art. 6: *Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden*. Dieser Artikel wird vielfach auch zitiert als: *Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson*. In diesen Kommentaren[12] wird Folgendes behauptet: Damit soll verhindert werden, dass einzelne Menschen nur als Objekte behandelt werden, wie dies etwa die Römer mit den Sklaven hielten. Eine ‚Person' ist jedoch ein Status

---

10 www.brunner-architekt.ch à Politik à Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

11 https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf

12 https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/aemr/

zwischen einem Menschen und einem Sklaven. Er ist daher weder ein Mensch noch ein Sklave. Aus wirtschaftlich-monetärer Sicht gesehen, sind die Menschen aber bereits seit langer Zeit Sklaven, die über diese Tatsache nicht Bescheid wissen.

Und in Art. 7 heisst es: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und… Ja, klar, die Menschen sind gleich, aber nicht die ‚Personen'. Die grosse Masse der Menschen ist jedoch durch den Staat - durch Politik, Verwaltung und Justiz - auf den Status von ‚Personen' gedrückt worden. Nur die obersten Babylonier beanspruchen für sich ungehindert den Status eines Menschen.

5. BAR-Vermutungen

Die private Organisation Britisch Accredited Registry-Association, kurz BAR-Association oder BAR genannt, ist allgemein eine Vereinigung von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern.

Die heutige International Bar Association (IBA) wurde 1947 gegründet und ist massgeblich an der Erarbeitung internationaler Rechtsreformen sowie der Gestaltung der Zukunft des juristischen Berufsstandes weltweit beteiligt und verfolgt entsprechend eine babylonische Agenda.[13] Der Schweizerische Anwaltsverband vertritt in der Schweiz die Interessen der IBA.[14]

In geschichtlicher Hinsicht ist die BAR ein Element der britischen Krone. Da aber der englische König Johann Ohneland (1167-1216) seine Krone im Jahre 1213 den Templern als Vertreter des Vatikans vermacht hat und jährlich noch 1000 Mark Sterling dafür bezahlte, damit er sie noch tragen durfte, gehört sie seither dem Vatikan, der zum zentralen babylonischen Herrschaftssystem gehört.

Die Gerichte sind die unterste Instanz von fünf (und nicht drei!) Mächten. Die Nationalstaaten wurden von den eigentlichen Herrschern, der ersten Macht, errichtet. Sie haben wegen der Umwandlung in Kapitalgesellschaften keine Bedeutung mehr. Wie bereits erklärt, dienen die Gerichte dieser ersten Macht, den eigentlichen Herrschern.

Die BAR-Organisation hat für die verschiedenen Justizverfahren zwölf hinterhältige Bedingungen aufgestellt, die besser unter den zwölf BAR-Vermutungen bekannt sind. Diese BAR-Vermutungen werden auch im Schweizerischen Rechtssystem angewendet, ohne dass die Betroffenen diese privaten «Regeln» kennen, weil sie nicht kommuniziert und auch an den babylonischen Universitäten nicht gelehrt werden.

Diese Vermutungen beinhalten insbesondere:

«Wenn Rechtsvermutungen der privaten BAR-Gilde (British Accreditation Registry) präsentiert und nicht zurückgewiesen werden, werden diese zu Tatsachen und gelten damit als Wahrheit. (Oder als „Wahrheit im Kommerz"). Es gibt zwölf (12) Schlüsselvermutungen, die von den privaten BAR-Gilden beteuert werden und die durch Nichtwiderlegung wahr werden, diese sind: Öffentliche Aufzeichnung [Public Record], Öffentliche Dienstleistung [Public Service], Öffentlicher Eid [Public Oath], Immunität [Immunity], gerichtliche Vorladung [Summons], Bewachung [Custody], Gericht der Aufseher [Court of Guardians], Gericht der Treuhänder [Court of Trustees], Regierung als Exekutor/Begünstigte [Government as Executor/ Beneficiary], Executor De Son Tort, Unfähigkeit [Incompetence] und Schuld [Guilt].»

Auszugsweise werden hier vier dieser (den allermeisten Rechtssuchenden unbekannten) «*Vermutungen*» zitiert. Diese sollen den nach Treu und Glauben handelnden Menschen bei fehlendem Widerspruch zu dessen völliger Entrechtung vor Gericht führen:[15]

2. Die Vermutung der Öffentlichen Dienstleistung bedeutet, dass alle Mitglieder der Privaten BAR-Gilde, die allesamt einen feierlichen, geheimen und absoluten Eid auf ihre Gilde geschworen haben, als öffentliche Agenten der Regierung oder als „public officials" handeln, indem sie zusätzliche Eide auf das Öffentliche Office schwören, was ganz ungeniert und vorsätzlich ihren privaten „höherrangigen" Eiden ihrer eigenen Gilde gegenüber widerspricht. Bevor man nicht mittels Anfechtung und Zurückweisung offen

---

13 www.ibanet.org

14 https://www.sav-fsa.ch/interessenvertretung

15 www.menschvsperson.ch à Staatsgewalt à Das Römische Recht und die 12 BAR-Vermutungen
www.menschvsperson.ch/post/das-r%C3%B6mische-gericht-und-die-12-bar-vermutungen

widerspricht, besteht der Anspruch, dass diese Mitglieder der Privaten Bar-Gilde legitimierte öffentliche Bedienstete sind und deshalb als Treuhänder unter öffentlichem Eid stehen;

5. Die Vermutung der gerichtlichen Vorladung bedeutet, dass eine Vorladung gewohnheitsmässig unwiderlegt bleibt und dass von demjenigen, der vor Gericht erscheint, vermutet wird, dass er seiner Eigenschaft [position] als Beklagter, Schöffe oder Zeuge sowie der Jurisdiktion des Gerichts zugestimmt hat. Das Erscheinen vor Gericht erfolgt gewöhnlich auf eine gerichtliche Vorladung hin. *Ohne Zurückweisung und Rückgabe der gerichtlichen Vorladung mittels einer Kopie der Zurückweisung, die im vorhinein und vor dem Erscheinen protokolliert wurde, gilt die Jurisdiktion und die Position als Angeklagter und die Existenz der „Schuld" steht fest;*

7. Die Vermutung des Gerichts der Aufseher bedeutet, dass Du als ein „Ansässiger" [resident] eines Bezirks einer Kommunalregierung registriert bist und in Deinem „Reisepass" der Buchstabe „P" steht, mit dem Du ein Armer [Pauper] und deshalb unter der Aufsicht der Regierungskräfte als einem „Gericht der Aufseher" [Court of Guardians] und ihrer Agenten stehst. Wenn diese Vermutung nicht offen zurückgewiesen wird, indem man zeigt, dass man generell ein Aufseher und Exekutor der Angelegenheit (Trust) vor dem Gericht ist, verbleibt die Vermutung und Du bist ein Pauper aufgrund Verzichts [by default]; ebenso bist du schwachsinnig und musst deshalb den Vorschriften des Amtsvorstehers der Aufseher [clerk of guardians] (Justiziar des Amtsgerichts) gehorchen;

11. Die Vermutung der Inkompetenz ist die Vermutung, dass Du zumindest unkundig in Rechtsdingen bist und deshalb inkompetent, Dich zu präsentieren und sachgemäß zu argumentieren. Deshalb hat der Richter/ Friedensrichter das Recht, Dich festzusetzen, zu inhaftieren, Dich mit einem Bußgeld zu belegen oder Dich in eine psychiatrische Untersuchung zu zwingen. Bevor diese Vermutung nicht offen bestritten wird mit der Tatsache, dass Du Dein Standing als Exekutor und Begünstigter kennst und aktiv jegliche gegenteilige Vermutung bestreitest und zurückweist, dann steht hinsichtlich des Plädoyers fest, dass Du inkompetent bist und der Richter oder Friedensrichter alles machen dürfen, um Dich gefügig zu halten»;

Somit werden die Rechtsuchenden auch von den Justizbehörden und Anwälten elementar betrogen, weil die Gerichte auf diese Weise wiederum den eigentlichen, versteckten Herrschern die Macht sichern.

Alle diese BAR-Vermutungen werden hiermit abgemahnt.

6. Behörden und Ämter als Firmen

Zur grundlegenden Thematik *Behörden und Ämter als Firmen* wird auf die integrierenden Texte *Grundlageninfo SIPS*[8]*, Ideologie Behörden als Firmen*[16] sowie auf die *Privatisierung der Behörden*[17] verwiesen.

Übersicht

Die legale Privatisierung von SBB und PTT erfolgte mit einem entsprechenden Gesetz, das dem fakultativen Referendum unterlag, welches nicht ergriffen wurde. Die Diskussion war jedenfalls öffentlich. Die Umwandlung von Bund, Kanton und Gemeinden mit ihrer jeweiligen Verwaltung erfolgte seither jedoch nie durch Beschluss von Parlamenten und Volk, weshalb alle diese einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen nun illegale Kapitalgesellschaften sind, die nicht nur hoheitlich, sondern auch handelsrechtlich keine Legitimation haben.

Bezüglich der Eintragungspflicht ins Handelsregister heisst es in Art. 52 Abs. 2 Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) seit der ersten Ausgabe im Jahre 1911: *Keiner Eintragung bedürfen die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten sowie die Vereine, die nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgen*.

Welche Organisationen das Handelsregister aufzunehmen hat, regelte schon die Handelsregisterverordnung (HRegV; SR 221.411) vom 7. Juni 1937 mit Stand vom 15. November 1989, in Kraft seit dem 1.

---

16 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Behörden als Firmen

17 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Privatisierung der Behörden

Januar 1990[18]. In Artikel 10 Inhalt des Registers, Bst. k sind erstmals die «selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts» erwähnt, und in der Fassung des Fusionsgesetzes vom 1. Juni 2004 heisst es neu nur noch «Institute des öffentlichen Rechts» (Art. 2 Bst. d FusG).

In Art. 53 der Handelsregisterverordnung, *Die Arten der eintragspflichtigen Gewerbe*, heisst es unter Buchstabe C: *Zu den andern, nach kaufmännischer Art geführten Gewerben gehören diejenigen, die nicht Handels- oder Fabrikationsgewerbe sind, jedoch nach Art und Umfang des Unternehmens einen kaufmännischen Betrieb und eine geordnete Buchführung erfordern.* Darunter fallen selbstverständlich auch alle öffentlich-rechtlichen Institutionen, zumal sie ja auch eine geordnete Buchhaltung zu führen haben, welche formell von den jeweiligen parlamentarischen Kommissionen 'kontrolliert' werden sollten.

In Art. 69 mit dem *Titel Gewerbebetrieb als Voraussetzung* der Eintragung heisst es: *Es können nur Zweigniederlassungen von Gewerben in das Handelsregister eingetragen werden.* Wenn nun eine Zweigniederlassung als Gewerbe eingetragen ist, so folgt daraus, dass auch die Muttergesellschaft ein Gewerbe ausübt und daher eintragungspflichtig ist.

In der neu revidierten Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007, in Kraft seit dem 1. Januar 2008, heisst es seither in Art. 107, Inhalt des Eintrags: *Bei Instituten des öffentlichen Rechts müssen ins Handelsregister eingetragen werden:* Dann folgen alle Elemente, die anzugeben sind. Das heisst, die Institute des öffentlichen Rechts sind handelsregisterpflichtig.

Das Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG; SR 221.301) wurde am 3. Oktober 2003 vom Parlament verabschiedet. Darin heisst es in Art. 1:

> *1 Dieses Gesetz regelt die Anpassung der rechtlichen Strukturen von Kapitalgesellschaften, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen und Einzelunternehmen im Zusammenhang mit Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung.*
>
> *2 Es gewährleistet dabei die Rechtssicherheit und Transparenz und schützt Gläubigerinnen und Gläubiger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personen mit Minderheitsbeteiligungen.*
>
> *3 Ferner legt es die privatrechtlichen Voraussetzungen fest, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, sich in privatrechtliche Rechtsträger umwandeln oder sich an Vermögensübertragungen beteiligen können.*

Und in Art. 2 Bst. d Begriffe des Fusionsgesetzes heisst es:

> *Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;*

Das Fusionsgesetz ist neueren Datums als Art. 52 Abs. 2 ZGB. Im Fusionsgesetz, das mehrfach revidiert wurde, wurde die Pflicht der Eintragung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in den verschiedenen Revisionen immer wieder bestätigt und die Handelsregisterverordnung kannte diese Pflicht schon vorher. Aus diesem Vorgehen kann die politische Absicht erkannt werden, weshalb heute Art. 52 Abs. 2 ZGB obsolet ist und nur noch zur Täuschung des Volkes dient, damit der Prozess der Staatsprivatisierung ohne Wissen und gegen den Willen des Volkes durchgesetzt werden kann. Mit Verweis auf Art. 52 Abs. 2 ZGB verweigern die Handelsregisterämter die Auszüge zu diesen Firmen. Damit wird manifest, dass die drei Mächte im Nationalstaat (Legislative, Exekutive und Judikative) nachweislich miteinander agieren, um das Volk über diese Vorgänge im Dunkeln zu lassen. Vgl. Aufsatz ‚Herrschaft'[7]

Mit der Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in private Kapitalgesellschaften, und damit verbunden mit einem verdeckten Handelsregistereintrag, verfolgen all diese neuen Firmen nur noch wirtschaftliche Zwecke. Es ist, wie im Fusionsgesetz definiert, beabsichtigt, die Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern zu fusionieren. Diese Absicht wurde jedoch noch nie in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Politik hüllt sich deshalb vorsätzlich, zusammen mit den Medien, in Schweigen, um den Betrug am Volk zu vollziehen. Dabei schützen die Staatsverwaltung und insbesondere die Gerichte die dabei eingesetzten Ideologien.

---

18 Fassung vom 01.02.2004, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/53/577_573_593/de

Die Umwandlung der ehemals öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften erfolgte ohne die Zustimmung des Volkes und ist daher illegal. Die verbindlichen rechtlichen Voraussetzungen für die Staatsprivatisierung wurden missachtet: Der Volksentscheid und die Publikation. Im verheimlichten Umwandlungsprozess wurde diesen Gesellschaften vom Volk keine Legitimation übertragen, hoheitliche Funktionen auszuüben. Deshalb sind all ihre behaupteten Amtshandlungen Amtsanmassungen gemäss Art. 287 Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0).

Aus handelsrechtlicher Sicht ist zwar davon auszugehen, dass alle Daten im Handelsregister verdeckt erfasst wurden. Doch es bleibt ein grundlegender Mangel bestehen: Diese neuen Firmen wurden nie im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert, weshalb es diese Firmen formell gar nicht gibt. Deshalb sind sie aus handelsrechtlicher Sicht nicht befugt, Handel zu betreiben. Auch deren Handlungsberechtigte wurden nie im Handelsamtsblatt publiziert. Das bedeutet, dass nicht nur diese Handlungsberechtigten, sondern auch alle Angestellten dieser illegal gegründeten Firmen, die sich nach wie vor täuschend ‚öffentlich-rechtliche Institutionen' nennen, für alles Tun und Lassen privat und deshalb mit ihrem eigenen Vermögen haften.

Die Missachtung der Rechtsgrundlagen für die Umwandlung in Firmen führte dazu, dass sich diese Firmen als angebliche Behörden bzw. deren Angestellte nicht mehr auf das öffentliche Recht berufen können und über gar keine hoheitliche Legitimation verfügen. Deshalb stehen ihre Funktionäre auf der gleichen rechtlichen Stufe wie alle anderen Menschen. Es gilt nur noch das Handelsrecht, die Berechtigung zur Gewährleistung und Umsetzung des öffentlichen Rechts haben sich die Umwandler selbst genommen.

Weiteres siehe in Grundlageninfo SIPS[8], in Ideologie Person[9] und in Privatisierung der Behörden[17].

Die Veränderung der Gesetzgebung …

Der immer stärker werdende Privatisierungs-, Zentralisierungs- und Konzentrationsprozess wird von verschiedener Seite kritisiert. Das haben auch andere festgestellt, allerdings in einem engeren Gebiet. So schreibt etwa die ‚Schweizerische Kirchenzeitung' im Aufsatz ‚Subsidiarität und Föderalismus':[19]

> *… In den letzten Jahren ist allerdings ein Prozess der schleichenden Zentralisierung auch in der Schweiz wie in anderen Staaten feststellbar, obschon die gegenwärtig geltende Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Grundsatz der Subsidiarität seit 2005 explizit garantiert. Neue Ausgaben- und Einnahmenverbünde sind seither geschaffen, weitere Politikbereiche vereinheitlicht worden. …*[20]

Als Professor für Politische Ökonomie und ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse, einer babylonischen Lobby-Organisation, muss Christoph A. Schaltegger wissen, wovon er spricht, weil er Insiderwissen haben muss.

Und der Volkswirt und Babylonier Charles B. Blankart, der als Mitglied der babylonischen Organisationen Mont Pèlerin Society und der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft ebenfalls vertieftes Insiderwissen haben muss, wird wie folgt zitiert:

> *… Man könnte zugespitzt sagen, dass die Gliedstaaten sich zu einem Steuerkartell zusammenschliessen und die Zentralisierung ein Mittel zur Stabilisierung des an sich instabilen Kartells ist. Als Entgelt für die Überwachung der kolludierenden Gliedstaaten wird der Zentralstaat anteilsmässig am Kartellgewinn beteiligt. …*[21]

---

19 https://www.kirchenzeitung.ch/article/subsidiaritaet-und-foederalismus-9700

20 Dazu ausführlich: Christoph A. Schaltegger / Marc M. Winistörfer: Zur Begrenzung der schleichenden Zentralisierung im Schweizerischen Bundesstaat, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 65 (2014), 183–229.

21 Zur Kartellthese siehe Charles B. Blankart: Die schleichende Zentralisierung der Staatstätigkeit: Eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Vierteljahresschrift der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik 119 (1999), 331–350.

Das «instabile Kartell» ist natürlich nur eine Tarnung, um die Prozesse der Vereinheitlichung zu verschleiern, und zudem werden die Probleme nur ansatzweise beschrieben, damit die dahinter versteckten Ziele nicht erkannt werden können.

Dieser rasant voranschreitende Konzentrationsprozess wird im Steuerrecht durch die Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA) (innereuropäische Organisation der Steuerverwaltungen) gesteuert. Die IOTA entstand im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Sie wurde 1996 gegründet und hat 44 Steuerverwaltungen als Mitglieder. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) ist seit 2006 Mitglied der IOTA.[22]

Das internationale Steuerrecht verdeutlicht die Zielvorgabe einer lückenlosen Überwachung und über den Staaten stehenden Kontrolle. Mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) übermittelt die ESTV den ausländischen Steuerbehörden Informationen zu Kapitaleinkommensarten und Saldi von Kundenkonti von Personen, die im Ausland steuerlich ansässig sind. Oder beim Country-by-Country-Reporting (CbCR) tauscht die ESTV mit ausländischen Steuerbehörden länderbezogener Berichte multinationaler Unternehmen aus. Sie beinhalten Umsätze, Steuern und Kennzahlen sowie Angaben zu sämtlichen Rechtsträgern.

Schlussendlich wird die sogenannte «Amts- und Rechtshilfe» ausgeübt, indem Informationen zwischen internationalen Steuerbehörden gemäss Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), den Spontanen Informationsaustausch SIA und die Steueramtshilfe gemäss Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) ausgetauscht werden.[23] Man beachte, dass all dies völlig illegal geschieht, weil die Steuerverwaltung als Kapitalgesellschaft über gar keine hoheitliche Legitimation verfügt.

... am Beispiel der Mehrwertsteuer

Gestützt auf den «Vollmachten-Beschluss» vom 30. August 1939 beschloss der Bundesrat am 9. Dezember 1940, eine Wehrsteuer zu erheben. Diese Wehrsteuer wurde 1982 in «direkte Bundessteuer» unbenannt.

Die heutige Mehrwertsteuer (MWST) ist der Nachfolger der einstigen Warenumsatzsteuer (WUST). Letztere wurde als fiskalische Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg durch den Bundesratsbeschluss vom 29. Juli 1941 über die Warenumsatzsteuer eingeführt und Ende 1995 von der Mehrwertsteuer abgelöst. Dafür wurde das Bundesgesetz vom 2. September 1999 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG, SR 641.20) erlassen, welches am 12. Juni 2009 durch ein neues Mehrwertsteuergesetz ersetzt wurde. Rein fiskalisch ist der Zweite Weltkrieg somit nach wie vor nicht beendet, sondern nur sprachlich umgedeutet.

Steuern zu erheben ist eine Erfindung von Babylon. Diese wurde bereits im 3. Jahrtausend vor unserer Zeit bei den Sumerern angewandt.[24] Die Eidgenössische Steuerverwaltung setzt also lediglich die Vorgaben von Babylon um.

Im ersten Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 1999 wurde das Gemeinwesen erstmals genauer definiert. So waren beispielsweise Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität, thermischer Energie und ähnlichen Gegenständen und Tätigkeiten von Amtsnotaren, Vermessungsbüros besteuerbar.

Erst mit dem Mehrwertsteuergesetz von 2009 wird in Art. 3 Begriffe, Bst. g das Gemeinwesen grundsätzlich neu umschrieben und geregelt. Als hoheitliche Tätigkeit wird jede Leistung bezeichnet, die nicht unternehmerischer Natur ist, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht, selbst wenn für die Tätigkeit Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erhoben werden.

Zum Gemeinwesen heisst es im Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 2009 in Art. 12, dass die autonomen Dienststellen von Bund, Kantonen und Gemeinden und die übrigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts Steuersubjekte seien. Steuerpflichtig sind sie erst, wenn mehr als 100‘000 Franken Umsatz pro Jahr aus steuerbaren Leistungen an Nichtgemeinwesen stammen.

---

22 https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/internationales-steuerrecht/iota.html

23 https://www.estv.admin.ch/estv/de/home.html

24 http://www.estv2.admin.ch/jubi/begriffsgeschichte-d.htm

In der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV, SR 641.201) wird sodann definiert, welche Tätigkeiten als unternehmerisch und damit als steuerbar gelten. Neu fallen u.a. auch die Rauchgaskontrollen unter die Steuerpflicht.

Weiter gibt es umfangreiche MWST-Branchen-Infos[25] für 26 Branchen. Allein die Infos für die Gemeinwesen umfassen 160 PDF-Seiten. Darin wird zwischen unternehmerischer und hoheitlicher Tätigkeit unterschieden. Bei der unternehmerischen Tätigkeit wird wiederum zwischen steuerbaren und steuerbefreiten Leistungen einerseits und Leistungen, die von der Steuer ausgenommen sind andererseits, unterschieden. Im Grundsatz ist ein Gemeinwesen hoheitlich, wenn es nicht unternehmerischer Natur, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht.

Noch komplizierter wird es, wenn Gemeinden gewisse Bereiche zusammenlegen. Dann gelten diese Bereiche nicht mehr als Organisationseinheit im Sinne von Art. 21. Abs. 5 MWSTG. Für diese Bereiche gilt neu die Mehrwertsteuerpflicht.

Gesamthaft bekommt man den Eindruck, dass das MWSTG bereits ans Fusionsgesetz angepasst wurde, indem es immer unerheblicher wird, ob nun ein Gemeinwesen mit einem privaten Rechtsträger fusioniert ist oder nicht. Es geht aber auch darum, die Mehrwertsteuer irgendwann auf alles auszudehnen, wenn alle Gemeinwesen in privater Hand sind.

Die einzelnen «Behörden und Ämter»

La Confédération Suisse (Schweizerische Eidgenossenschaft) wurde im Jahre 2014 in die höchste Muttergesellschaft (Ultimate Parent) mit total 999 Subsidiaries (Tochterfirmen) und Branches (Zweigniederlassungen) umgewandelt und hat ihren Sitz irgendwo in Belgien. Siehe unter www.dnb.com.[26]

Gleichzeitig gibt es in der Schweiz eine Firma namens Schweizerische Eidgenossenschaft, die über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland verfügt. Siehe unter www.monetas.ch.

Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde am 12. Juli 2006 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Sie verfügt über Tochtergesellschaften im Ausland. Sie hat einen Verwaltungsrat, der mit dem Bundesrat identisch ist. Verwaltungsräte gibt es nur in Aktiengesellschaften. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Bundeskanzlei wurde bereits am 30. August 2002 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Auch sie ist eine Kapitalgesellschaft. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Daraus geht schlüssig hervor, dass der ganze Bundesrat nur noch pro forma eine Behörde ist, um das bestehende Bild der Ideologie «Demokratie» in den Köpfen der unwissenden, vorsätzlich in die Irre geführten Menschen in Erinnerung zu halten. Tatsächlich ist er ‚handlungsberechtigtes Organ' einer hoheitlich und handelsrechtlich nicht legitimierten sowie illegal gegründeten Firma, die sich anmasst, hoheitliche Handlungen zu erlassen, anzuwenden und durchzusetzen. Dazu stehen ihm die gesamte Staatsverwaltung sowie auch die Kantone und Gemeinden als untergeordnete und damit befehlsnehmende Tochterfirmen zur Verfügung. Aber der Bundesrat kann spätestens seit diesem Datum keine legitimen, hoheitlichen Handlungen mehr vollziehen.

Diese Umwandlung der gesamten Nation in eine Holdingfirma wurde in strategischer Weitsicht geplant. Hierzu hat der Bundesrat die Planung von Babylon gemäss vorgegebenem Auftrag umgesetzt, bzw. umsetzen müssen, denn er ist, wie das Parlament, bloss ein biederer und korrupter Lakai dieser Herrscher im Hintergrund.

Weiter gilt es noch zu klären, ob die Bundesversammlung mit der UID-Nummer CHE-420.485.329 ebenfalls bereits eine private Kapitalgesellschaft ist. Da die Bundesversammlung ebenfalls ein Teil von La Confédération Suisse ist, die im Jahre 2014 «incorporated» wurde, ist sie spätestens seit diesem

---

25 Suchen unter Praxispublikationen und www.gate.estv.admin.ch oder direkt unter https://www.gate.estv.admin.ch/mwst-webpublikationen/public/pages/sectorInfos/tableOfContent.xhtml?publicationId=1004706&lang=de

26 Seit Anfangs Juli 2022 sind die Daten nur noch via Bezahlschranke sichtbar und seit Ende August 2022 nur noch bedingt über VPN (Virtual Private Network) erreicht werden.

Zeitpunkt im Minimum eine angegliederte Organisationseinheit von *La Confédération Suisse*. Deshalb können ihre Beschlüsse allerspätestens seit diesem Datum keine rechtliche Wirkung entfalten. Weil der Bundesrat alle Gesetze in Kraft setzt und die Bundeskanzlei diese Geschäfte vorbereitet und umsetzt, sind seit dem Jahre 2002 sämtliche Inkraftsetzungen ohne Kraft bzw. Legitimität.

Der Zürcher Kantonsrat mit dem Namen *«Kantonsrat während des Ratssitzungen»* macht es vor, weshalb er als Parent bzw. als Subsidiary beschrieben wird. Weitere Angaben fehlen, aber diese genügen, ihn als eine Kapitalgesellschaft zu entlarven. Und so wird es auch bei den übrigen Parlamenten der Fall sein. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Übrigens hat der Kantonsrat seine Parlamentsdienste bereits im Jahre 1996 verselbständigt.[27] Wurde sie bereits damals in eine Kapitalgesellschaft überführt?

Wirtschaftsdaten und deren Quellen

Die verschiedenen Wirtschaftsdaten stammen von den beiden privaten Datenbanken monetas.ch und dnb.com. Man muss die jeweiligen Einträge der beiden Datenbanken zusammenfassen, um eine bessere Übersicht zu erhalten.[28] Gemäss dnb.com gibt es in der Schweiz mehr als 7000 sogenannter «behördlicher» Firmen.

Aus diesen Recherchen kristallisieren sich zwei Sachverhalte heraus: Erstens muss festgehalten werden, dass es sich mehrheitlich um Aktiengesellschaften handeln muss, weil die Hinweise auf Verwaltungsräte, Mutter- und Tochtergesellschaften sowie Zweigniederlassungen zahlreich sind. So kann am Beispiel des Kantons Glarus festgestellt werden, dass alle drei Gemeinden über einen Verwaltungsrat verfügen. Im Kanton Wallis ist es bei der dürftigen Datenlage sogar möglich nachzuwiesen, dass die Hälfte der Gemeinden über einen Verwaltungsrat verfügen. Sie sind also Aktiengesellschaften. Das ist nur eine logische Folge der aufgezeigten Gesetzgebung, weil mit diesen Kapitalgesellschaften Fusionen, Spaltungen etc. sehr einfach umzusetzen sind, die in der Öffentlichkeit nicht publik werden. Zweitens erschliesst sich aus den verschiedenen Bezeichnungen dieser «Behörden und Ämter» als Mutter- (Parent) und Tochtergesellschaften (Subsidiary), dass die ganze Schweiz holdingartig strukturiert ist. Das wiederum ergibt sich bereits aus der Subsidiarität der ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Dun & Bradstreet Schweiz AG bestätigt in ihrem Schreiben vom 30. November 2021[29], dass ihre Daten aus öffentlichen Quellen (SHAB, schweizerisches Handelsamtsblatt) sowie von Inkassounternehmen/Geschäftspartnern, oder Firmeninterviews stammen. Zu den Geschäftspartnern gehören selbstverständlicher Weise auch die Handelsregister. Das durfte schriftlich – mit Rücksicht auf diese «Geschäftspartner» – nicht so erwähnt werden. Bei der mündlichen Anfrage vom 16. November 2021 hiess es noch schlicht und einfach, die Daten stammen von den Handelsregistern, vom Zefix sowie vom Bundesamt für Statistik.

Die genannten Organisationen sind damit nichts anderes als Geschäftspartner von Dun & Bradstreet Schweiz AG und damit Unternehmen im Sinne des Fusionsgesetzes.

Wo es Rauch hat, gibt es Feuer und es ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass die Akten bis auf eine Ausnahme vollständig sind. Die unvollständige Akte ist jene des Volksentscheids.

Solange niemand direkt aussagen will, muss deshalb zuerst das Handelsregisteramt untersucht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Mitarbeiter keinen Zugang zu diesen Daten haben. Dies wird über die Software gesteuert. Diese Software wurde durch die DV Bern AG entwickelt und die gleiche Firma hütet für die meisten Handelsregisterämter auch die Daten auf ihren eigenen Servern. Sie liegen daher nicht beim Handelsregisteramt oder gar beim Kanton, sondern bei privaten Dritten. In-

---

27 https://zuonline.sich-erinnern.ch/Traueranzeige/Bruno-Rickenbacher

28 www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Allgemein à Liste von Behörden und Ämter mit Handelsregistereintrag

29 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

wieweit die DV Bern AG darin verwickelt ist, wird sich weisen. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass sie bzw. einzelne Funktionäre dieser Firma hier eine wichtige Rolle spielen.

Die zeitliche Entwicklung

Mit der Inkraftsetzung des ZGB im Jahre 1911 konnten auch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, die wirtschaftliche Zwecke verfolgten, ins Handelsregister eingetragen werden.

Die erste bisher bekannte «öffentlich-rechtliche Institution», war die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV in Bern, welche schon im Jahre 1915 als Kapitalgesellschaft ins Handelsregister eingetragen wurde. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Umwandlung der Eidgenössischen Steuerverwaltung in eine Kapitalgesellschaft im Jahre 1915 fällt genau auf die neue Verteilung der Steuerquellen.[30] In dieser Publikation wird auch eindrücklich dargestellt, ab wann die verschiedenen Steuern erhoben wurden. Sie wurden immer vielfältiger und immer höher. Die Eidgenössische Steuerverwaltung verfolgt somit seit mehr als einem Jahrhundert nur wirtschaftliche Zwecke (Art. 52 Abs. 2 ZGB). Die Steuern sind die Einnahmequelle eines Staates. Und wenn diese Einnahmequelle nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt, so heisst das folglich, dass ein solcher Staat nur ein Wirtschaftsunternehmen ist und keine gesellschaftlichen Funktionen erfüllen will.

Alles wird monetarisiert, sogar das Leben. Es gilt deshalb, das Wesen des Geldes zu verstehen, um auch die Zusammenhänge und Interaktionen erkennen zu können.

Gemäss dem babylonischen Zeitplan wurde das Zeitfenster geöffnet, um die einstigen öffentlich--rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Damit die Veränderung nicht so offensichtlich wurde, mussten zuerst die rechtlichen Grundlagen sukzessive angepasst werden. Wie schon oben ausgeführt, wurde die Handelsregisterverordnung auf den 1. Januar 1990 angepasst. In Art. 10 wurden neu die selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts definiert und in der Fassung vom 1. Juni 2004 heissen sie nur noch Institute des öffentlichen Rechts, wobei eine Bemerkung auf Art. 2 Bst. d des Fusionsgesetzes verweist.

Ein erneuter Blick auf die Begriffe des Fusionsgesetzes in Art. 2 Bst. d ist hier angezeigt:

> *Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;*

Damit wurden auf der Gesetzgebungsebene die Voraussetzungen geschaffen, um die Behörden und Ämter immer mehr zu Wirtschaftsunternehmen umzufunktionieren. Der springende Punkt ist, dass die Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften heimlich vollzogen wurde, ohne das Volk dazu zu befragen. Aus der Geschichte ist genügend belegt, dass diese Eigenmächtigkeit kein Einzelfall ist und eine lange Tradition hat, auch wenn hier keine weiteren Beispiele mehr aufgezeigt werden.

Diese Entwicklung zeigt korporativ-faschistische Elemente. Korporativer Faschismus ist die Verschmelzung von Staat und Wirtschaft, wobei staatliche Kompetenzen auf Privatunternehmen übertragen werden. Dieser Prozess der stillen und illegalen Umwandlung von Behörden und Ämtern hin zu privaten Kapitalgesellschaften dient der konsequenten Umsetzung des babylonischen Ziels: Des absoluten Faustrechts für die selbsternannten Eliten, resp. die blinde und absolute Unterwerfung der gesamten Menschheit unter die Herrschaft von Babylon.

---

[30] www.estv.admin.ch à Die ESTV à Steuersystem Schweiz à Das Schweizerische Steuersystem à PDF https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/estv/steuersystem/schweizer-steuersystem/ch-steuersystem_2021.pdf.download.pdf/ch-steuersystem_2021.pdf

Die internationale Dimension[31, 32]

Im Jahre 1990 wurde das International Business Leaders Forum (Internationale Forum (IBLF) für wirtschaftliche Führungskräfte, IBLF) durch Prinz Charles als „unabhängige, gemeinnützige und globale Organisation" gegründet, das sich auf „Fragen der Nachhaltigkeit, des Wachstums und der Führung" konzentriert habe. Das Gründungstreffen in Charleston, South Carolina (USA), hatte den Titel „Wirtschaftsinteressen und die Herausforderung des globalen Marktes". Es wurde von über 100 weltweit führenden Unternehmen unterstützt. Es war eine Bewegung, „um die Wirtschaft in die staatlichen Angelegenheiten der verschiedenen Nationen der Welt zu integrieren", was zu einer globalen Integrierung, „also einer neuen Weltordnung führen" solle. Die IBLF wurde im Oktober 2013 aufgelöst und dann als IBLF Global[33] neu gegründet.

Das Ziel des Prinz-von-Wales-Wirtschaftsforums ist die kontinuierliche *«Verbesserung guter Bürgerschaft und nachhaltiger Entwicklung von Unternehmen weltweit als natürlicher Bestandteil erfolgreicher Unternehmensführung»*.

Der wohltönende Jargon dieser Umschreibungen verschleiert die tatsächlichen Wohlstandszersetzenden Ziele.

Zum besseren Verständnis wird hier das Wort ‚nachhaltig' genauer betrachtet: Im allgemeinen Sprachgebrauch verstehen wir unter «nachhaltig» ein ökologisch optimales Verhalten, um die Natur zu schonen. Als Bill Clinton 1997 seine Antrittsrede hielt, brauchte er das Wort ‚nachhaltig' ebenfalls, aber in einem andern Sinne:

> *Wir brauchen neues Verantwortungsbewusstsein für ein neues Jahrhundert. Mit einer neuen Vision von Regierung, neuem Verantwortungsbewusstsein, neuem Gemeinschaftsgefühl, wird Amerikas Reise von Dauer (nachhaltig) sein. Die Verheissung, die wir in einem neuen Land suchten, werden wir in einem Land neuer Verheissung wiederentdecken.*[34]

Wenn in diesem Sinne von nachhaltiger Entwicklung die Rede ist, dann heisst das, dass die Entwicklung kontrolliert werden muss, um zu sehen, ob sie auch wirklich nachhaltig ist! Das heisst, wenn wir irgend etwas machen wollen, dann muss es zuerst kontrolliert werden und einen offiziellen, staatlichen Stempel bekommen, damit es überhaupt erlaubt wird. Und somit können wir das Wort ‚nachhaltig' ersetzen mit ‚Kontrolle' oder ‚Beherrschung'. Je nachhaltiger etwas sein muss, je mehr muss es überprüft werden, je mehr wird man von oben, dem Staat bzw. von Babylon, kontrolliert.

Um diese nachhaltige Entwicklung auf der ganzen Welt zu fördern, wurden einige Massnahmen vorgeschlagen:

- Zeigen, dass den Unternehmen als Entwicklungspartnern, besonders bei wirtschaftlichem Wandel, für das Wohlergehen der Gemeinden eine wesentliche und kreative Rolle zufällt.
- Das Bewusstsein für die Wichtigkeit unternehmerischer Verantwortung in der internationalen Geschäftspraxis schärfen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gemeinden als effektives Mittel zur Umsetzung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung fördern. Also die ganze Gemeinschaft muss in diesen Bund inkorporiert werden.

Die öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) oder Public-private-Partnership (PPP) ist formell betrachtet eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Institutionen und Unternehmen der Privatwirtschaft in einer Zweckgesellschaft. Ziel von PPP sei die Arbeitsteilung, wobei der private «Partner» die Verantwortung zur «effizienten» Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür «Sorge» trägt, dass «gemeinwohlorientierte Ziele beachtet» würden. Die öffent-

---

31 Youtube.com: Walter Veith, 07 Die teletransportablen, nachhaltigen, strahlenden Prinzen, Teil 1, ab 9:30 Min. https://www.youtube.com/watch?v=yB34KHdK2Ys

32 Veon Joan M., Prince Charles: The Sustainable Pince, Hearthstone Publishing, 1997, 110 pages, ISBN 9781575580210, Kap. 83

33 https://www.iblfglobal.org/

34 Veon Joan M., *Prince Charles: The Substainable Pince*, Kap. 4

lich-rechtlichen Institutionen erwarten von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt und daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes achten muss. Die ersten Projekte gehen auf das Ende der 1980er Jahre zurück. Bei der PPP sind verschiedene Modelle der Beteiligung möglich.[35]

Die Vereinten Nationen, sie wurden 1945 in San Francisco als Corporation gegründet und schufen 1998 die United Nations Foundation. Damit will die UNO die Public-private-Partnership fördern. Das Startkapital von einer Milliarde Dollar wurde von Ted Turner, einem Mitglied des Komitees der 300 gesponsort.[36]

Etwas pragmatischer ausgedrückt geht es bei der PPP darum, die öffentlich-rechtlichen Institutionen zu privatisieren, d.h. diese neu als Kapitalgesellschaften gegründeten «öffentlich-rechtlichen Institutionen» mit multinationalen Konzernen zu verschmelzen, damit Babylon sein Ziel erreichen kann: Die vollständige Unterwerfung der Menschheit unter seine Herrschaft. Hier schliesst sich der Kreis: Genau dies wurde mit dem Fusionsgesetz in die Wege geleitet.

Durch öffentlich-private Partnerschaft verschiebt sich das Kräfteverhältnis vom Volk zu jenem Partner, der über das meiste Geld verfügt. Ist die Macht bei den grössten Portemonnaies (den Unternehmen) angekommen, sind wir im Faschismus, beim Faustrecht gelandet, bei der ultimativen Herrschaft grosser (neu konzipierter) Regierungen und Unternehmen.

7. Zusammenhänge

Wer glaubt, man könne die verschiedenen Themen, die uns als Gesellschaft betreffen, einzeln betrachten und angehen, täuscht sich massiv. Das eingangs Erklärte ist nur ein kleiner Teil eines viel grösseren Gefüges. Nicht nur die Ereignisse der letzten Jahre, sondern auch jene der letzten Jahrtausende stehen im gleichen Zusammenhang. Allerdings wird dies aufgrund der Konditionierung durch Kirche, Schule, Politik und Medien kaum wahrgenommen. Besonders die Akademiker glauben, sie wüssten, was Sache ist, weil sie es im Studium so auswendig gelernt und verinnerlicht haben.

Die mit gigantischem Aufwand verbreiteten Ideologien werden zusätzlich mit Halbwissen oder ganz Falschem vermengt.

Es ist aufschlussreich, einige dieser Ideologien und ihre aktuellen Erscheinungsformen in diese Gesamtschau einzubeziehen.

Corona

Die Corona-Pandemie entstand nicht zufällig. Und die Ursachen der Entstehung und die ‚Gegenmassnahmen' wurden auch nicht zufällig als ‚unhinterfragbar' und ‚sakrosankt' präsentiert und aufgezwungen.[37]

Aus den gleichen Motiven hat Klaus Schwab, ein Bilderberger und der Gründer des World Economic Forum (WEF), das Buch *COVID-19: The Great Reset* (*COVID-19: Der Grosse Umbruch*) geschrieben und im Juli 2020 veröffentlicht, also genau vier Monate nach Beginn der Corona-Pandemie. Darin schrieb er u.a.:

> *In 10 Jahren* (bis 2030) *werden Sie nichts mehr besitzen und Sie werden glücklich sein.*

Es wird den Menschen weisgemacht, sie müssten geimpft werden, um das noch nie isolierte Spike-Virus, (das nur ein Stressprotein ist und wegen der Mikrowellenstrahlung entsteht, die vorsätzlich verbreitet wird), zu «bekämpfen». Dies, obwohl längst bekannt ist, dass Impfungen das Immunsystem schädigen. Die Covid-19-Impfungen sind mRNA Impfungen, verabreicht mit Nanopartikeln oder Vektoren. Hierzu hat der oberste Gerichtshof der USA 2013 entschieden, dass Geimpfte weltweit als patentiert gelten und faktisch in den Besitz des jeweiligen Impfherstellers übergehen, wenn sie per Impfung genetisch manipuliertes Material erhalten haben. Deshalb gilt der gesamte Körper des Geimpften als Besitz des Herstellers (Pharmaunternehmen) der Genspritze. Mit dieser gegenüber den Opfern nicht

---

35 https://de.wikipedia.org à öffentlich-private Partnerschaft

36 https://de.wikipedia.org à United Nations Foundation

37 www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Ideologie COVID-19

deklarierten «Rechtswirkung» werden die Geimpften nicht mehr als natürliche Menschen, sondern als sogenannte «Trans-Humans» eingestuft. Alle Menschenrechte, die für ‚natürliche Personen' gelten, sollen bei diesen «transhumanen» Geimpften ausnahmslos entfallen. Seit 2013 gelten für alle mRNA-Geimpften, also die sogenannten «Trans-Humanen», auch keine anderen Rechte, z.B. als Staatsbürger. Dies betrifft nicht nur die in den USA lebenden Geimpften, sondern weltweit alle mRNA Geimpften.[38]

Mit dieser «Impfung», sprich mit dieser Giftspritze, werden die Menschen gleichzeitig gechipt.[39] Damit kann man sie noch besser überwachen.

Was passierte in den letzten zwei Jahren in ökonomischer Hinsicht? Wegen der willkürlich angezettelten Covid-19-Pandemie wurden wie auf Knopfdruck weltweit Lockdowns verhängt. Die Folge war, dass die Unternehmen ihre Tore schliessen und die Angestellten zu Hause bleiben mussten. Somit gab es weniger Umsatz und damit weniger Verdienst. Die Grundausgaben blieben aber bestehen, womit sehr viele von ihrem Ersparten leben mussten, und Teile davon haben es bereits aufgebraucht, weshalb sie zahlungsunfähig wurden. Die andern wurden gezwungen, ihre Reserven zu verkleinern.

Gleichzeitig konnten die ganz grossen Unternehmen wie beispielsweise Amazon mehr als 100'000 Leute zusätzlich einstellen und sie machten in den letzten Jahren zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen weltweit richtig Kasse. Damit fand eine weitere Verschiebung des Vermögens von Arm zu Reich statt, was von den Behörden weltweit willfähig gefördert wurde. Diese Vorgänge sind nur ein erster Schritt zur Erreichung des von Klaus Schwab für 2030 genannten Ziels.

Die Corona-Gefahr scheint zwar im Moment noch gebannt zu sein. Es ist aber zu erwarten, dass ab dem Herbst 2022 wieder eine Pandemie ausgerufen wird und sich die illegalen Government Industry-Firmen weiter anmassen werden, hoheitliche Handlungen auszuführen und durchzusetzen. Damit will Babylon sicherstellen, dass die Unternehmen weiterhin ihr Vermögen abbauen und in der Folge auch die Angestellten leer ausgehen. Dieser Arbeitsplatz-Abbau wird durch den vermehrten Einsatz von Robotern verstärkt, sodass Heerscharen von Arbeitslosen entstehen sollen.

Es ist von der selbsternannten Weltelite geplant, die Menschheit bis 2050 zu reduzieren:

> *Mindestens 4 Milliarden „nutzlose Esser" sollen bis zum Jahr 2050 durch begrenzte Kriege, organisierte Epidemien tödlicher, schnell wirkender Krankheiten und Hunger eliminiert werden.*[40]
>
> *Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972), Politiker und Gründer der Paneuropa-Union, Mitglied des Komitees der 300*

Aus diesem Grund erklärte der Freimauerer Rudolf Steiner im Jahre 1917 in seinen Vorträgen:[41]

> *Und die Zeit wird kommen,... wo man sagen darf: Es ist schon krankhaft beim Menschen, wenn er überhaupt an Geist und Seele denkt. ... Und man wird finden ... das entsprechende Arzneimittel, durch das man wirken wird. ... Die Seele wird man abschaffen durch ein Arzneimittel. Man wird aus einer «gesunden Anschauung» heraus einen Impfstoff finden, durch den der Organismus so bearbeitet wird in möglichst früher Jugend, möglichst gleich bei der Geburt, dass dieser menschliche Leib nicht zu dem Gedanken kommt: Es gibt eine Seele und einen Geist.»*

Weitere Argumente rund um die Corona-Pandemie sind in den Rundmails zu finden.[42]

Ukraine

Der ‚Ukraine-Krieg', bzw. die Sonderoperation in der Ukraine setzt diese Entwicklung fort. Die Ukraine wird der Vergangenheit angehören, weil der russische Osten (das Ur-Russland, die Kiewer Rus) von

---

38 https://www.supremecourt.gov/opinions/12pdf/12-398_1b7d.pdf

39 https://www.bitchute.com/video/OC7HW6FXTsPU/

40 Coleman John, The Story Of The Committee Of 300, Seite 105 https://archive.org/details/TheStoryOfTheCommitteeOf300/TheStoryOfTheCommitteeOf300/

41 Steiner Rudolf, Geistige Wesen und ihre Wirkungen, Band I, Die spirituellen Hintergründe der äusseren Welt, GA 177, Seite 97ff. http://fvn-archiv.net/PDF/GA/GA177.pdf#view=Fit

42 https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/

Russland einverleibt wird. Der übrige Rest der Ukraine wird, so wie sich die Anzeichen verdichten, von Polen mit Unterstützung von Ungarn und Rumänien einverleibt werden, womit Piłsudski's politische Idee des Intermarium mit der Drei-Meeres-Initiative entstehen wird. Inwieweit dies zudem mit der Visegrad-Gruppe[43] zu tun hat, muss im Moment offenbleiben.

Die westlichen Staaten verhängen wegen dem von Putin gestarteten «Angriffskrieg» Wirtschaftssanktionen gegen Russland und verleugnen dabei, dass sie diese Situation mit ihren politischen Handlungen in den letzten Jahrzehnten vorsätzlich geschürt haben. Gemäss den Schlagzeilen sind diese Sanktionen gegen Russland gerichtet. Schaut man jedoch etwas genauer hin, so stellt man fest, dass damit die Länder des Westens um ein Vielfaches stärker belastet werden. So wollen Europas Regierungen kein Gas und Öl mehr von Russland beziehen. Die Folgen werden dramatisch sein.

Energiepreise und Lieferketten

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck äusserte[44] am 6. Juli 2022 zum wiederholten Mal:[45]

> *Der Herbst 2022 werde teuer, und auf etwa 50 Prozent der Bevölkerung komme eine Situation zu, "in der sie weniger verdienen als sie ausgeben". Für die deutsche Wirtschaft bedeute der steile Anstieg der Energiepreise das dreifache Risiko von Kaufkraftverlust, drohender Kreditklemme und Investitionsschwäche. In den Unternehmen gebe es eine wachsende Investitionszurückhaltung, und bei den Banken eine wachsende Zurückhaltung, Kredite zu vergeben.*

Es explodieren nicht nur die Energiepreise, wie wir selbst feststellen können, sondern auch die Lieferketten brechen weiter zusammen, nachdem sie schon während der willkürlich angezettelten Covid-19-Pandemie bereits gebrochen wurden. Damit wird die gesamte Welt umgestaltet. Profitieren wird immer derjenige, der die dahinterstehenden Ideologien in die Wege geleitet hat. Das sind immer die Gleichen. Die Verlierer sind die einzelnen Menschen, deren Vermögen sich in der angebahnten Inflation weiter verringern wird.

Hyperinflation

Wie war das noch in Deutschland mit seiner Hyperinflation in den 1920er Jahren? Der brave Professor, der ein Leben lang in seine Pensionskasse einbezahlt hatte, konnte mit seiner ganzen angesparten Pension gerade noch ein Stück Brot kaufen. Dazu wird es wieder kommen, aber sehr viel schlimmer.

Der Freimaurer Trotzki schrieb 1914 das Buch Der Krieg und die Internationale.[46] In der Einleitung schrieb er:

> *Für das Proletariat kann es sich bei diesen historischen Bedingungen nicht um die Verteidigung des überlebten nationalen „Vaterlandes" handeln, das zum hauptsächlichsten Hemmnis für die ökonomische Entwicklung geworden ist, sondern um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes – der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt.*

Die Europäische Union, sie entstand 1993 mit dem Vertrag von Maastricht, sind diese ‚republikanischen Vereinigten Staaten Europas'. Und der Euro wurde zu genau diesem Zweck kreiert. Der «Vater des Euro», Robert Mundell, ein Befürworter einer Welt-Einheitswährung, offenbarte:

---

43 Was hat Israel mit der Visegrád-Gruppe zu tun? (Valeriy Pyakin 25.02.2019) https://www.youtube.com/watch?v=Bx0M1P5FWJ8

44 https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/robert-habeck-energiepolitik-1.5612658

45 RT, 12. Juli 2022: Deutschlands bitterer Weg in die Katastrophe: Keiner soll hungern, ohne zu frieren https://rtde.site/meinung/143262-deutschlands-bitterer-weg-in-katastrophe/

46 Trotzki Lew Dawidowitsch, Der Krieg und die Internationale, Verlag der Grütlibuchhandlung, 1918. http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1914/kriegint/index.htm und als E-Book www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Bücher à Trotzki Leo: Krieg und Internationale

Die Idee, dass der Euro fehlgeschlagen sei, zeugt von gefährlicher Naivität. Der Euro ist genau das, was sein Erzeuger und die 1 Prozent Reichen, die ihn unterstützen – vorhersah und beabsichtigte.[47]

Es ist ein offenes Geheimnis, dass nicht nur der Euro, sondern auch der US-Dollar eines Tages keinen Wert mehr haben werden. Dann wird der lange geplante ‚Nutzen' dieser Währungen ersichtlich. Die grossen Massen sollten durch Hyperinflation enteignet werden und die ein Promille (oder noch weniger) würden die Gewinner sein. Dieser Enteignungs-Mechanismus ist nicht neu, sondern der ‚todsichere Begleiter' jeder Inflationsspirale.

Wie sagte doch Mundell:

Mit dem Euro wird die Finanzpolitik aus der Reichweite der Politiker entfernt. Und ohne die Fiskalpolitik können Nationen nur dann ihre Arbeitsplätze erhalten, wenn sie die Marktregulierungen abbauen und dadurch wettbewerbsfähig werden.[47]

Abschaffung der Nationalstaaten – kommunistisches Manifest

Die Schutzmechanismen der Staaten in Form von Zöllen und Wirtschaftsvereinbarungen sind im freien Fall. Ein Beispiel sind die Eingriffe in den Markt, die mit der Ideologie der Globalisierung in den 1980er Jahren auch bei uns gestartet wurden. Die Nationalstaaten sollen nichts mehr zu entscheiden haben und überflüssig werden. Als Nachfolger der Nationalstaaten wurden die illegal gegründeten Kapitalgesellschaften installiert. Hier steckt das wahre Motiv der illegalen Umwandlung und der verbissenen Unterdrückung von deren Bekanntmachung.

Die gesamte Staatsverwaltung steht im Dienst, die Erkenntnis über diesen Sachverhalt möglichst lange zu verhindern.

Dieses Szenario wurde schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Kommunistischen Manifest[48] in die Wege geleitet. Mit dem erstmaligen Erscheinen dieses Manifestes im Februar 1848 entbrannten in allen europäischen Staaten die Revolutionen. In der Folge wurden die Nationalstaaten gegründet. In diesem Manifest sind u.a. auch die Forderung zur Aufhebung des bürgerlichen Eigentums sowie weiterer geplanter Veränderungen, die in der Gesellschaft seit Jahrzehnten ablaufen, festgehalten. Schwabs Forderung ist somit lediglich die Umsetzung der Forderung des Kommunistischen Manifestes, was bestätigt, dass die Geschichte das Ergebnis langfristiger Planungen und keineswegs ein zufälliges Geschehen ist.

Abbauplan für die westliche Wirtschaft

Aufgrund der jüngeren Ereignisse, vor allem im Energiebereich, ist vorhersehbar, dass der Westen, insbesondere aber Europa bereits im nächsten Winter in die «Steinzeit» zurückgeworfen werden sollte. Das wäre aber nur der Anfang, denn es ist geplant, dass der ‚Great Reset', ‚der Grosse Umbruch', noch weitere acht Jahre dauern soll. Laut Morgenthau-Plan solle sich dieses Szenario nicht nur für Deutschland bewahrheiten, sondern für ganz Europa, das in einen Agrarstaat umgewandelt würde. Dieser Agrarstaat würde aber nicht von vielen Bauern getragen werden, weil diese verschwinden sollten, sondern von wenigen Grossgrundbesitzern, von multinationalen Unternehmen, also von Babylon. Was heute in Holland mit der Stilllegung von Bauernhöfen geschieht, zeigt die entsprechende Stossrichtung.

Die westliche Industrie wurde im Zuge der Globalisierung bereits an China ausgelagert und mittels Ideologie der «Energiewende» zunehmend reduziert. Mit den Sanktionen – dem willkürlichen politischen Verzicht, Gas und Öl aus Russland zu beziehen – wird der Industrie abrupt die Energie entzogen, womit die Produktion zum Stillstand kommen soll. Dass eine solchermassen absurde und offensichtliche Wirtschaftszerstörung bisher ohne massive Gegenwehr durchgesetzt werden konnte, war nur mittels umfassender, jahrelanger Indoktrinierung der Bevölkerung erreichbar.

---

47 Der wahre Zweck des EURO: https://www.youtube.com/watch?v=KBMAVBZ3DrE

48 www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Bücher à Marx: Kommunistisches Manifest

Der kommende Krieg

Wer aber glaubt, das Skizzierte stehe lediglich in Zusammenhang mit einem Great Reset für den Westen, wird sich täuschen. Es ist schon deutlich erkennbar, dass weltweit noch viel mächtigere Auseinandersetzungen geplant sind. So will u.a. die Volksrepublik China die Republik Taiwan wieder in 'sein Reich' integrieren. Übersetzungshilfe: «La guerra che verra» bedeutet in Deutsch: Der kommende Krieg. Die Babylonier wollen das Prinzip des «Teile und herrsche» nach wie vor auch mit brutalsten kriegerischen Mitteln umsetzen.

Die Insel Taiwan stand von 1683 bis 1895 unter chinesischer und von 1895 bis 1945 unter japanischer Herrschaft. Erst mit der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg gegen die babylonischen Kommunisten von 1949 flüchtete der damalige Kontrahent, Generalissimus Chiang Kai-shek, ebenfalls ein Babylonier, mit seiner Elite nach Taiwan (damals Formosa) und errichtete seine eigene «Republik China» mit einem Einparteienstaat. Ab den 1980ern wurde eine Liberalisierung durchgeführt und die bisherige Doktrin des einheitlichen chinesischen Staates verworfen. Doch nun wird der Einheitsstaat durch China militärisch durchgesetzt werden.

Der Besuch von Nancy Pelosi, der Sprecherin des Repräsentantenhauses, als höchstrangige Vertreterin der Vereinigten Staaten, am 22. August 2022 in Taiwan diente dazu, diesen Konflikt zu schüren.

Im Bild wird Xi Jinping mit einer babylonischen Geste gezeigt. Der Griff an die Krawatte bedeutet: Er bittet seine babylonischen Brüder um Hilfe. Xi Jinping ist Mitglied des Global Leadership Fellow-Programms des WEF.

Fazit

Die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen darf also keineswegs nur isoliert betrachtet werden. Man kann sie nur im Zusammenhang mit den gesamten globalen Vorgängen verstehen.

Um das Schlimmste abzuwenden, ist es jedoch unabdingbar, vor der eigenen Haustüre zu wischen und unsere Macht durch das Einholen der Bringschuld bei unseren vorgeblichen «Vertretern» geltend zu machen.

So ist es trotz aller institutionellen Behördenkriminalität möglich, das Ruder definitiv im Sinne der Menschen und des Lebens herumzureissen.

B. Die Situation im Kanton Glarus

Die erlassene Verfügung, die Sie ausgestellt haben, resultiert aus einer Busse, die die Glarner Kantonspolizei ausgestellt hat. Weil ich sie nicht bezahlt habe, hat die Kantonspolizei Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Gegen diesen Strafbefehl habe ich Beschwerde erhoben, weshalb das Glarner Kantonsgericht darüber brütete und sie abwies.

Daraufhin wurde die Betreibung eingeleitet, gegen die ich Rechtsvorschlag erhob, und so mussten zuerst das Bezirksgericht Uster, nachher das Obergericht des Kantons Zürich und am Schluss das Bundesgericht darüber entscheiden. Sie mussten selbstverständlich diese Beschwerde abweisen, weil sie sonst ihre Verbrechen bestätigt hätten.

Leider ist die Situation beim Schreibenden so, dass die (Eigentums-) Wohnung, in der er über 20 Jahre lang zur Miete war, verkauft wurde und der neue Eigentümer Eigenbedarf anmeldete. Da der Schreibende seit über drei Jahrzehnten von der institutionellen Behördenkriminalität[49] gebeutelt wird, gibt es «offizielle» alte Verlustscheine aus einem betrügerischen Konkurs, deren Gläubiger den Mut nicht aufbringen, diese einzufordern, weil sie die Hintergründe kennen.[49] Und seit der Aufdeckung der illegalen Umwandlung zu Kapitalgesellschaften hagelt es Betreibungen aus provozierten Bussen.[50] Unter diesen Umständen findet man keine Mietwohnung, weil er der Schreibende sein Vermögen für die Aufklärung verwenden muss, weshalb er nun wie ein Fahrender herumziehen muss.

---

49 www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Geschichte im Zusammenhang à Der Spiegel

50 www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020

Die Einwohnerkontrolle des ehemaligen Wohnortes drohte dem Schreibenden an, dass der Gemeinderat ihn mittels Verfügung abmelde, weshalb er ihm seine Bedingungen anbot. Der Gemeinderat nahm dieses Angebot leider nicht an, weil es ihm zu teuer erschien. Wäre diese Gemeinde keine illegale Kapitalgesellschaft, so könnte er getrost die Abmeldung verfügen und müsste nicht auf die Bedingungen Rücksicht nehmen. Aber das will er nicht, weil es eben so ist, wie erklärt. Alles ist Betrug!

8. Die Legitimität der «Behörden und Ämter»

Kanton Glarus

Der Kanton Glarus wird als Subsidiary (Tochtergesellschaft der Schweizerischen Eidgenossenschaft) bzw. als Parent (Muttergesellschaft der im unterstellten Organisationseinheiten) beschrieben. Er verfügt über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland und hat eine Handelsregisternummer. Wann der Kanton «incorporated» wurde, ist nicht verzeichnet. Als Tochter- und zugleich als Muttergesellschaft ist er deshalb eine Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft).

Sucht man mit Google mit den Stichwörtern „Behörde“ und „Ort“ oder „Kanton xy“, so findet man beispielsweise die Unternehmung «Kanton Glarus AG».

Das ist ein Treffer, der ohne die Wirtschaftsdatenbanken monetas.ch und dnb.com zustande kommt. Die Wirtschaftsdatenbank monetas.ch bezeichnet die Unternehmung Kanton Glarus als öffentlich-rechtliche Institution und dnb.com beschreibt sie als Subsidiary / Parent. Letzteres ist klares Merkmal von Holdinggesellschaften.

Zur Verdeutlichung: Gemäss Art. 2 Begriffe, Bst. d des Fusionsgesetzes sind Institute des öffentlichen Rechts auch im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen, d.h. auch illegal gegründete Kapitalgesellschaften. Diese Definition ist so oder so nicht gültig, weil sie von Funktionären einer illegalen Aktiengesellschaft bestimmt wurde.

Google zeigt sie mit dem richtigen Handelsnamen an und zwar eindeutig als Aktiengesellschaft, so wie es aus den Angaben der beiden Wirtschaftsdatenbanken und aus der Absicht der Gesetzgebung zu schliessen ist.

Es gibt noch weitere Einträge mithilfe der Suchmaschine von Google. So zum Beispiel die Kantonale Verwaltung mit dem richtigen Handelsname «Kantonale Verwaltung AG». Dahinter verbirgt sich die Staatskanzlei. Sie wurde am 8. Januar 2014 «incorporated.

Departement für Sicherheit und Justiz

Das Departement für Sicherheit und Justiz wird wiederum als Subsidiary (Tochtergesellschaft des Kantons Glarus) und gleichzeitig als Parent (Muttergesellschaft der ihm angegliederten Organisationseinheiten) bezeichnet. Wann das Departement «incorporated» wurde, ist nicht veröffentlicht, es verfügt aber über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland. Für dieses Departement wird nicht einmal eine UID-Nummer durch das Bundesamt für Statistik publiziert. Selbst auf der Datenbank https://uid-suche.eu findet man sie nicht.

Kantonspolizei Glarus

Die Polizei ist dem Departement für Sicherheit und Justiz unterstellt und dazu gibt es verschiedene Einträge. Die *Verwaltung Kanton Glarus Polizeidirektion*. Sie wird als Subsidiary (Tochtergesellschaft des

Departements für Sicherheit und Justiz) bezeichnet. Weiter gibt es ein *Polizeikommando*, das ebenfalls als Subsidiary beschrieben wird. Für beide diese Firmen gibt es keinen Hinweis, wann sie «incorporated» wurden. Schlussendlich gibt es noch die Firma *Kantonspolizei*. Letztere wird als Independent (unabhängig) bezeichnet und wurde am 11. März 2019 «incorporated». Das heisst, alle diese drei Organisationen sind Kapitalgesellschaften. Es ist davon auszugehen, dass die Firma *Kantonspolizei* in die vorliegende Angelegenheit verwickelt ist.

Mit der Suchmaschine Google findet man ebenfalls wieder zufällig eine Unternehmung mit dem Handelsnamen «Kantonspolizei Glarus AG» (der Polizeistelle in Glarus). Dabei muss man auch das Kleingedruckte lesen. Darin wird sogar darauf hingewiesen: *«vor 9 Wochen durch dieses Unternehmen bestätigt»*. Das heisst, es wurde offiziell bestätigt, dass es sich um eine Aktiengesellschaft handelt. Deshalb sind die Angaben nicht einfach fiktiv.

Beide Wirtschaftsdatenbanken bieten zudem ein Bezahlabonnement an. Sollten die Angaben nicht richtig sein, so würde Dun & Bradstreet Schweiz AG als Halterin der Datenbank monetas.ch Betrug begehen. Dieses Risiko wird diese Unternehmung kaum eingehen. Zudem erklärte sie dem Schreibenden eindeutig, woher sie diese Angaben habe.[29]

Staats- und Jugendanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft tritt heute offiziell als Staats- und Jugendanwaltschaft auf. Das war vor der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO, SR 312.0) per 1. Januar 2011 nicht der Fall. Damals war die Jugendanwaltschaft noch eine eigene Organisation mit Sitz an der Zwinglistrasse 6 in Glarus. Per 2011 wurde sie mit der Staatsanwaltschaft verschmolzen. Aus diesem Grund wird die Jugendanwaltschaft noch mit Sitz an der Zwinglistrasse 6 in Glarus als Subsidiary (Tochtergesellschaft des Departements für Sicherheit und Justiz) ausgewiesen. Weitere Angaben fehlen. Von der ehemaligen Staatsanwaltschaft und der heutigen Staats- und Jugendanwaltschaft gibt es auf den Wirtschaftsdatenbanken keine Einträge. Es ist kaum anzunehmen, dass die Unternehmung Jugendanwaltschaft aufgelöst wurde. Vielmehr wurde aufgrund der politischen Absicht eine Fusion der beiden Unternehmen vorgenommen.

Hauptabteilung Justiz

Die Hauptabteilung Justiz wird einerseits als öffentlich-rechtliche Institution bezeichnet, andererseits als Tochtergesellschaft. Letzteres bedeutet ein Unternehmen.

Der Hauptabteilung Justiz sind verschiedene Verwaltungseinheiten unterstellt, so u.a. die Verwaltungspolizei, das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, das Betreibungs- und Konkursamt und das Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst. Sie alle werden als Tochtergesellschaften bezeichnet, wobei weitere Angaben fehlen. Der Verwaltungspolizei sind wiederum der Justizvollzug und das Gefängnis angegliedert.

Zur Hauptabteilung Justiz gehört aber auch die Migration. Diese Abteilung findet man nicht in den Wirtschaftsdatenbanken, jedoch mit der Suche von Google. Der Handelsname lautet etwas kompliziert «Kanton Glarus AG Departement Sicherheit und Justiz, Abteilung Migration AG». Es handelt sich also eine mehrfache Aktiengesellschaft, womit das Holdingprinzip bestätigt wird.

Obergericht

Das Obergericht des Kantons Glarus sucht man in den Wirtschaftsdatenbanken vergeblich. Das Obergericht findet man selbst in der UID-Suche beim Bundesamt für Statistik nicht. Das ist besonders verdächtig.
Anstatt des Obergerichtes findet man dafür in den Wirtschaftsdatenbanken einen Eintrag des Verwaltungsgerichts des Kantons Glarus mit der Rechtsform öffentlich-rechtliche Institution und dem Status «Independent».

Aber dieses Verwaltungsgericht findet man auch mithilfe von Google mit dem Handelsnamen «Verwaltungsgericht AG des Kantons Glarus». Bis zum Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, dass auch das Obergericht und das Kantonsgericht eigenständige Aktiengesellschaften sind. Welcher Organisation die Gerichte angegliedert sind, spielt im Moment keine Rolle. Entscheidend ist, dass sie illegale Gesellschaften sind, die weder über eine hoheitliche noch über eine handelsrechtliche Legitimation verfügen.

Kanton Zürich

Der Kanton Zürich wird als Subsidiary bzw. als Parent beschrieben. Wann der Kanton «incorporated» wurde, ist nicht verzeichnet. Alle sieben kantonalzürcherischen Departemente werden ebenfalls als Subsidiary bzw. als Parent bezeichnet, die je wiederum unterschiedliche Subsidiaries bzw. Parents und/oder Branches (Zweigniederlassungen) als Joint Stock Company (Aktiengesellschaft) besitzen.

Sowohl die Firma Kanton Zürich als auch die sieben Departemente halten Tochtergesellschaften im Ausland. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Den Kanton Zürich findet man auch mit Google, beispielsweise die «Finanzdirektion des Kantons Zürich AG» oder die «Kanton Zürich AG - Abteilung Landwirtschaft».

Das Obergericht des Kantons Zürich als angegliederte Organisationseinheit des Kantons Zürich wird als Parent bezeichnet und besitzt eine Zweigniederlassung, die Zentrale Inkassostelle, als Aktiengesellschaft. Diese Zweigniederlassung wurde 2012 ins Handelsregister eingetragen, womit das Obergericht als Muttergesellschaft bereits zu diesem Zeitpunkt eine Aktiengesellschaft sein musste. Auch das Obergericht des Kantons Zürich hält Niederlassungen im Ausland.

Bei den Zürcher Bezirksgerichten ist die Situation wie bei den übrigen Behörden und Ämtern. Die einen Einträge sind bekannt, von den anderen gibt es überhaupt keine öffentlichen Hinweise. Letzteres bedeutet gar nichts, denn die Sichtbarmachung der Einträge auf den privaten Wirtschaftsdatenbanken kann durch die einzelnen «Firmen» beeinflusst werden. Bei elf von den zwölf Bezirksgerichten ist das Datum des Handelsregistereintrages bekannt und bei drei davon das Jahr des Eintrages «incorporated»; sie sind identisch. Von den zwölf Bezirksgerichten fand man Ende August mit Google noch neun Bezirksgerichte. Drei Tage später wurde der Eintrag des Bezirksgerichts Uster als Aktiengesellschaft bereits geändert und das Kürzel AG weggelassen. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass alle zwölf Bezirksgerichte in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden.

Das Betreibungsamt Uster ist eine Organisationseinheit der Stadtverwaltung Uster ist. Die Stadtverwaltung Uster wird als Muttergesellschaft (Parent) bezeichnet. Sie wurde bereits im Jahre 2013 «incorporated». Die Stadtverwaltung Uster hat eine Handelsregisternummer sowie ebenfalls Niederlassungen

im Ausland und unter den Zeichnungsberechtigten wird ein Verwaltungsrat genannt, jedoch nur dessen Präsident Martin Bornhauser aufgeführt. Der ehemalige Jugendanwalt Bornhauser war in den Jahren 2006 bis 2014 Stadtpräsident von Uster, sass von 1991 bis 2002 im Kantonsrat und präsidierte ihn 2001/2002. Er sass (oder sitzt) in weiteren illegalen Verwaltungsräten auf Kantonsebene. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

C. Zusammenfassung

Betrachten wir den Ablauf der Ereignisse, so begann alles im Kanton Glarus. Den Kanton Glarus haben wir zusammen mit der Kantonalen Verwaltung aufgrund verschiedener Hinweise als Aktiengesellschaft entlarvt, womit alle deren angegliederten Organisationseinheiten ein Teil dieser illegalen Aktiengesellschaften sind. Deshalb haben sie alle keine hoheitliche und handelsrechtliche Legitimität und alle ihre Funktionäre haften privat und mit ihrem eigenen Vermögen.

Bei der Kantonspolizei Glarus haben wir via Google die Bestätigung des Unternehmens, dass sie eine Aktiengesellschaft ist. Wir müssen die Fakten nicht mehr weiter zusammenlegen, denn die Angelegenheit ist mehr als bestätigt.

Dazu kommt noch, dass sich vier Gerichte, das Obergericht des Kantons Glarus, das Bezirksgericht Uster, das Obergericht des Kantons Zürich sowie das Bundesgericht, allesamt blind stellten und eine Verurteilung wollten. Zudem sind alle Gerichte der gesamten Schweiz gemäss Art. 6 der EMRK (SR 0.101) weder unabhängigen noch unparteiischen, wie bereits im Jahre 2005 bewiesen.[5] Trotzdem haben sie sich vorsätzlich darüber hinweg gesetzt. Damit wird einmal mehr bestätigt, dass der Mechanismus der Herrschaft genau so funktioniert, wie er im Aufsatz Herrschaft erklärt ist.[7]

Somit ist nicht nur die Busse nichtig, sondern auch alle anderen daraus entstandenen Verfahren und Auflagen. Die gesamte Verfahrensodyssee ist somit eine Ansammlung von vorsätzlichen Amtsanmassungen (Art. 287 StGB). Damit wurden vorsätzlich Betrug (Art. 146 StGB) und Nötigung (Art. 181, StGB) begangen und zudem wird eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB) unterstützt, um die Aufdeckung der Aufhebung der Verfassung zu verhindern (Art. 275 StGB). Nun wollen diese Funktionäre noch eine Freiheitsberaubung (Art. 183 StGB) durchsetzen. Dabei wird es zu weiteren Verbrechen kommen werden.

Wenn die Betreibung beim Schreibenden nicht durchgesetzt werden kann, so ist das eine Folge der institutionellen Behördenkriminalität. Das Betreibungsamt hat kein Interesse mehr, hoheitliche Handlungen gegen ihn anzuordnen, weil es feststellen musste, dass es keinen Zugriff mehr auf sein Bankkonto hat und nach langem Druck endlich realisierte, dass es möglicherweise billiger kommt, nichts mehr zu unternehmen, als noch hohe Pönalen bezahlen zu müssen. Die letzte Pfändung wurde im Mai 2022 durchgeführt, also zu einem Zeitpunkt als der Schreibende nicht mehr im Betreibungskreis wohnte. Die Bank hat von sich aus das Bankkonto saldiert, weil sie diese Korruption aktiv schützt. Aus diesem Grund wird auch sie hohe Pönalen zu bezahlen haben. Noch weigert sie sich, diese zu bezahlen, aber nicht mehr lange.[51]

Es ist also nicht so, wie der behauptete Gläubiger der Fachstelle Justizvollzug am 21. Juli 2022 schrieb, dass die Betreibung ohne Erfolg blieb, denn die Betreibung wurde gar nicht durchgeführt. Der behauptete Gläubiger müsste nun recherchieren, wo der behauptete Schuldner wohnt. Aber dazu stehen ihm die eigenen Verbrechen, die er im Verbund ausübte im Wege; die Institutionelle Behördenkriminalität. Er bzw. Sie alle müssen es sich nun überlegen, ob sie weiter Verbrechen begehen wollen, die strafverfolgt werden, oder eingestehen will, dass alles illegal ist.

D. Nachweis der Legitimation

Aufgrund der gesamten Konstellation hat der Justizvollzug die beglaubigten Nachweise der Legitimation folgender Organisationen vorzulegen. Es sind dies:

---

51 www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Allgemein à Flyers à Flyer, vom 28. April 2022

- Ÿ Kanton Glarus
- Ÿ Departement für Sicherheit und Justiz
- Ÿ Kantonspolizei Glarus
- Ÿ Staats- und Jugendanwaltschaft
- Ÿ Hauptabteilung Justiz
- Ÿ Obergericht des Kantons Glarus

1. Vollständig beglaubigter Nachweis der handelsrechtlichen Legitimität gemäss Handelsregisterverordnung (alle öffentlichen Angaben) samt den Angaben über deren Veröffentlichungen (SHAB).
2. Beglaubigter handelsrechtlicher Nachweis sämtlicher Handlungsbevollmächtigten mit Angaben über deren Veröffentlichungen (SHAB).
3. Beglaubigter Nachweis, wer, wie, wofür und wodurch die Handlungsberechtigten die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben, auf welchen Staat oder Firma sie vereidigt wurden.
   Für diejenigen, die die Legitimation erteilt haben, ist der gleiche Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3 zu erbringen.
4. Beglaubigter Nachweis, wer Eigentümer dieser Gesellschaften ist.
5. Sie bestätigen mir, dass ich ein Mensch bin. Alternativ haben Sie den Nachweis zu erbringen, dass der Beschwerdeführer Alex W. Brunner je in Kenntnis der Tragweite eingewilligt hat, dass er den Status einer Person haben will.

Diese Nachweise müssen spätestens am 15. September 2022 beim Schreibenden eintreffen. Die Zustellung hat daher mindestens per A-Post zu erfolgen.

E. Meine besonderen Bedingungen:

Nachdem die einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen illegal zu Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden, kann von ihnen kein Öffentliches Recht mehr angewendet werden, da sie die hoheitlichen Rechte freiwillig aufgegeben haben. Deshalb gilt nur noch das Handelsrecht. Damit stehen wir auf der gleichen rechtlichen Stufe, weshalb nun die Spiesse gleich lang sind. Aufgrund der Fakten sind die Spiesse der illegalen Kapitalgesellschaften sehr kurz, dafür die des Schreibenden sehr viel länger. Trotzdem kann die Differenz nicht wett geschlagen werden, durch das illegale Innehalten der Macht, weil die Erosion in der Verwaltung begonnen hat und der Druck der Bevölkerung immer mehr zunimmt. Es ist nur noch eine Frage von wenigen Wochen, bis das babylonische System zusammenbricht.

Weil es sich um Strafdelikte handelt, haben Sie keine Möglichkeit, diese Bedingungen abzumahnen. Sie treten nur durch Ihre Handlungen und Nicht-Handlungen darauf ein. Es liegt also an Ihnen, zu entscheiden, wie Sie sich verhalten wollen.

1. Nachweis der Legitimation
   a. Liefert die Hauptabteilung Justiz die geforderten Nachweise der Legitimation innert der gesetzten Frist, so zeitigt das keine finanziellen Konsequenzen.
   b. Werden diese Nachweise von der Hauptabteilung Justiz nicht, unvollständig oder verspätet geliefert, so willigen die nachstehend genannten Funktionäre ein, dem Schreibenden je eine Pönale zu bezahlen.
      - Manfred Arm, lic. iur., Leiter Hauptabteilung Justiz und Verwaltungspolizei. Die Pönale beträgt 100 Kilogramm Gold[52]
      - Colette Laager, Fachstellenleiterin Justizvollzug, Pönale 50 Kilogramm Gold
      - Anina Kamm, Mitarbeiterin Justizvollzug, Pönale 25 Kilogramm Gold
      - Sowie zusätzlich alle Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates der Hauptabteilung Justiz. Die Pönale beträgt je Funktionär 100 Kilogramm Gold.
   c. Die in Position 1b genannten Funktionäre willigen ein, dem Schreibenden eine Gebühr zu bezahlen für die Zeit ab der gesetzten Frist bis offiziell öffentlich verkündet wird, dass die einsti-

[52] Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspromille bzw. 24 Karat gemeint.

gen öffentlich-rechtlichen Institutionen illegal zu Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden. Die Gebühr beträgt zwei Kilogramm Gold je Kalendertag.

2. Rückzug der Verfügung
   a. Sollten Sie die rubrizierte Verfügung innert der gleichen Frist formell zurückziehen und begründen, dass sie weder über eine hoheitliche noch handelsrechtliche Legitimation verfügen, so zeitigt das keine finanziellen Konsequenzen.
   b. Wird die erlassene Verfügung nicht oder nicht innert Frist formell zurückgezogen, so willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, dem Schreibenden eine weitere Pönale zu bezahlen. Die Pönale ist gleich hoch wie in Position 1b beschreiben.
   c. Für die Zeit ab der gesetzten Frist bis das Verfahren für die Rückabwicklung der Verfügung vollständig abgeschlossen ist, willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, dem Schreibenden eine Gebühr zu bezahlen. Die Gebühr beträgt zwei Kilogramm Gold je Kalendertag.
3. Strafvollzug
   Vorab ist zu erwähnen, dass der Schreibende als Mensch nicht freiwillig einrücken wird, weil nur Personen verurteilt werden können, nicht jedoch Menschen.
   a. Sollten Sie wegen dem nicht Einrücken den Schreibenden polizeilich aufsuchen und ins Gefängnis bringen, so willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, ihm wiederum eine Pönale zu bezahlen. Die Pönale ist gleich hoch wie in Position 1b beschreiben.
   b. Sollten Sie den Auftrag erteilen, den Schreibenden gemäss Position 3a gewaltsam polizeilich zu arrestieren, so fallen für die verschiedenen Polizeifunktionäre in den verschiedenen Kantonen für jede einzelne polizeiliche (hoheitliche) Handlung weitere Pönalen an. Sie wurden mit Schreiben vom 14. April 2021[53] an alle Polizeikommandanten bekannt gemacht und mit Schreiben vom 23. September 2021[54] allen Polizeiposten eröffnet. Sollten Sie diese Bedingung nicht mit dem Ausschreibungsbefehl mitliefern, so willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, dem Schreibenden eine Pönale von total 500 Kilogramm Gold bezahlen. Die Pönalen der Polizeien werden deshalb trotzdem fällig.
   c. Für jeden Tag, den der Schreibende wegen der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft, des Obergerichtes und des Justizvollzuges des Kantons Glarus im Gefängnis (egal in welchem Kanton) eingesperrt wird, willigen die nachstehenden Funktionäre ein, ihm eine Pönale je Kalendertag zu bezahlen. Angebrochene Tage werden als ganzer Tag berechnet, wobei für die An- und Abreise noch ein zusätzlicher Tag hinzugerechnet wird. Die Pönale beträgt 100 Kilogramm Gold je Kalendertag. Alle genannten Funktionäre haften solidarisch.
      - Denzler Markus, Kommandant Kantonspolizei
      - Magni Sandro, stv. Kommandant Kantonspolizei und Chef Regionalpolizei
      - Landolt Anton, Chef Spezialdienste
      - Gubser Rolf, Chef Kriminalpolizei
      - Fluri Patrick, lic. iur., Erster Staatsanwalt
      - Speich Dorothea, lic. iur., Leitende Staatsanwältin
      - Walser Simon, MLaw, Staatsanwalt
      - Hauser Petra, Dr. iur., Präsidentin Obergericht
      - Dürst Benedetti Marianne, lic. iur., 1. Vizepräsidentin Obergericht
      - Trümpi Monika, 2. Vizepräsidentin Obergericht
      - Arm Manfred, lic. iur., Leiter Hauptabteilung Justiz
      - Colette Laager, Fachstellenleiterin Justizvollzug
      - Xaver Miethlich, Fachstellenleiter Gefängnis
      - Hollenstein Romana, Gefangenenbetreuerin
      - Magnussen Kai, Gefangenenbetreuer

---

53 www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Inpflichtnahme aller Kommandanten der Kantonspolizeien vom 14. April 2021

54 www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Schweizerische Eidgenossenschaft à Zweite Inpflichtnahme der Angestellten der verschiedenen Polizeien, vom 23. September 2021

- Müller André, Gefangenenbetreuer

4. Zahlungsbedingungen
   a. Die Pönalen und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei von Zeit zu Zeit dem Kanton Glarus Rechnung gestellt wird.
   b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
   c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
   d. Es gilt das Bringprinzip.
   e. Sollten die genannten Funktionäre nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit dem Schreibenden vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten des jeweiligen Amtes solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung solidarisch.

Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Der Schreibende geht davon aus, dass sich die Verantwortlichen über die Tragweite dieses Angebotes bewusst sind und mit Ihren Handlungen bzw. Nicht-Handlungen erklären, dass alle Funktionäre in der Lage sind, die Konsequenzen aus dem damit entstehenden Vertrag zu tragen.

F. Allgemeine Bedingungen:

Wenn Sie keine hoheitliche Legitimation belegen und trotzdem Menschen einsperren, begehen Sie gewerbsmässige Freiheitsberaubung gemäss Art. 183 StGB. Deshalb erlasse ich hiermit allgemeine Bedingung und verkünde sie öffentlich:

1. Sollten Sie den Nachweis der hoheitlichen Legitimation nicht innert Frist belegen, so willigen die nachstehenden Funktionäre ein, jedem Schweizer und in der Schweiz niedergelassenen Ausländer, die aufgrund einer Verfügung von Glarner Instanzen im Gefängnis sitzen und noch eingesperrt werden, eine Gebühr zu bezahlen. Die Gebühr beginnt ab dem 19. September 2022 oder mit Beginn der Inhaftierung zu laufen und endet, wenn die Festgehaltenen entlassen sind oder Sie und die Gefängnisse, aber auch die verurteilende Instanz, eine hoheitliche Legitimität zur Ausübung dieser Tätigkeit nachweisen können. Die Pönale beträgt ein Kilogramm Gold je Kalendertag. Die nachstehenden Funktionäre haften solidarisch und sind:
   Ÿ alle Mitglieder der Geschäftsleitung sowie des Verwaltungsrates der Hauptabteilung Justiz und der Verwaltungspolizei

Die Zahlungsbedingungen sind die Gleichen wie in Position E.

Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Der Schreibende geht davon aus, dass sich die Verantwortlichen über die Tragweite dieses Angebotes bewusst sind und mit Ihren Handlungen bzw. Nicht-Handlungen erklären, dass alle Funktionäre in der Lage sind, die Konsequenzen aus dem damit entstehenden Vertrag zu tragen.

G. Schlussbemerkung

Die genannten Funktionäre, aber auch alle Angestellten der ganzen Kantonalen Verwaltung, müssen es sich überlegen, wie lange Sie die kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB) noch länger unterstützen wollen, die hinter diesen Veränderungen steht. Fakt ist, dass der Samen, den der Schreibende schon vor Jahren gelegt hat, Wurzeln geschlagen hat und nun zu spriessen beginnt. Diese Saat kann nun

nicht mehr zerstört werden, weil sie bereits zu tief in der Bevölkerung verankert ist. Dieser gesäte Geist wird sich kontinuierlich verbreitern, selbst dann, wenn der Schreibende physisch liquidiert würde, weil das gestreute Wissen bereits zu weit verbreitet ist. An seiner Stelle würden andere treten. Deshalb ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die entstandene Bewegung das bisherige babylonische System über den Haufen werfen wird. Dann wird die Zeit des Aufräumens und der Abrechnung kommen und alle, die das bisherige System vorsätzlich in amtsanmassender und krimineller Weise unterstützt haben, werden einen sehr schweren Stand haben. Je länger Sie wie bisher weiter machen, desto schwieriger wird Ihre Situation werden.

Gemäss der Präambel der Bundesverfassung ist frei, der die Freiheit gebraucht. Der Schreibende hält hiermit mit Nachdruck fest, dass er diese Freiheit gebrauchen und durchsetzen wird, komme was wolle. Je grösser der Widerstand sein wird, desto grösser wird die Kraft dagegen sein. Das bestehende babylonische System steht in der Schweiz vor dem Ende und vor der vollständigen Vernichtung. Die ersten Risse sind in der «Staatsverwaltung» und «Gerichten» schon lange sichtbar und es kommen immer mehr. Auch die Gesinnung hat sich in diesen Organisationen zum Teil geändert. Das ist nur der Anfang.

Dies ist lediglich ein Gedankenanstoss. Sie entscheiden in völliger Unabhängigkeit, müssen sich nachher aber nie beklagen.

Gerne erwarte ich Ihre Stellungnahme.

PS: Sie finden dieses Schreiben ebenfalls in elektronischer Form auf meiner Homepage.[55]

Adieu

Mensch Alex W. Brunner

[55] www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Übrige Kantone der Deutschschweiz à Busse der Kantonspolizei Glarus à Mein Angebot an den Justizvollzug des Kanton Glarus vom 5. September 2022